

# KURZ- INFORMATION

# HIS



HOCHSCHUL-INFORMATION-SYSTEM, GOSERIEDE 9, 30159 HANNOVER

Februar 2001

**A 1 / 2001**

## **Zehn Jahre Wissenschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern an Hand des Paradigmas Sachsen-Anhalt**

Christoph Helm

# Gliederung

	Seite
I. Einleitung	1
II. Fachhochschulen	2
III. Außeruniversitäre Forschung	8
IV. Universitäten	20
V. Zusammenfassung	25

*In der Zeit vom 18.05.1992 bis 20.11.2000 war Herr Staatssekretär Dr. Christoph Helm Mitglied des HIS-Aufsichtsrats. Nach Übernahme seiner neuen Funktion im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, hat er uns den Beitrag zur Wissenschaftsentwicklung in Sachsen-Anhalt übermittelt, den wir in dieser HIS-Kurzinformation veröffentlichen.*

*Wichtige hochschulpolitische Entwicklungen, die am Beispiel des Bundeslandes Sachsen-Anhalt nachgezeichnet werden, haben Parallelitäten auch in den übrigen neuen Bundesländern. Der Beitrag von Staatssekretär Dr. Helm ist die Beschreibung eines für die Entwicklung des Hochschulwesens in Sachsen-Anhalt maßgeblichen Zeitzeugen und dokumentiert eine wichtige Zwischenstation der hochschulischen Neuorganisation eines jungen Bundeslandes.*

*Dr. Jürgen Ederleh*

## I. Einleitung

Die Wiedererlangung der staatlichen Einheit Deutschlands traf im Westen Hochschulen, Forschungsinstitute und Wissenschaftsministerien des Bundes und der Länder zu einem Zeitpunkt, als unter dem Stichwort Nord-Süd-Gefälle über grobe Disproportionen der regionalen Verteilung der außeruniversitären Forschung der alten Bundesrepublik und sich daraus ergebende finanzielle Ungleichgewichte zu Lasten des strukturell ohnehin benachteiligten Nordens gestritten wurde, und die Situation an den Universitäten in weiten Teilen durch Überlast, Reformstau und Immobilität gekennzeichnet war. Trotz erzielter Teillösungen zu Einzelfragen – dazu gehören wesentlich die von Niedersachsen Ende der achtziger Jahre durchgesetzten sogenannten Strukturhilfemittel des Bundes, die zu neuen Akzenten in Forschung und Wissenschaft des Nordens führten – blieben die zentralen Probleme speziell der Universitäten, die durch Massenbetrieb und Finanzknappheit charakterisiert waren, weitestgehend ungelöst.

Auch der westeuropäische Integrationsprozess, der am Ende der achtziger Jahre innerhalb des Wissenschaftssystems Regelungen zur Schaffung kompatibler Hochschulabschlüsse in vorgegebenen Zeitrahmen zur Folge hatte, hat, im Nachhinein betrachtet, keine tiefgreifenden Veränderungen im Hochschulsystem oder nachhaltige innovatorische Impulse verursacht. Die allgemeine Situation war durch Routine und Stagnation, gekoppelt mit einer gewissen Müdigkeit und Resignation, charakterisiert. Ablesen ließ sich dies an der Entwicklung der Fachhochschulen, deren qualitative Perspektivsteuerung im Rahmen des gesamten Wissenschaftssystems nicht gelang, den Evaluationsverfahren der außeruniversitären Forschungsinstitute, die in zeitlichen Intervallen brav, aber – zugespitzt formuliert – im Regelfall folgenlos überprüft wurden, sowie dem Unvermögen, an den Universitäten funktionierende Steuerungsmechanismen zur Schwerpunktbildung in Forschung und Lehre zu entwickeln.

Der Aufbau eines gesamtdeutschen Wissenschafts- und Forschungssystems im Ergebnis der Wende hätte natürlich auch von der Analyse dieser strukturellen Schwächen und Defizite der westlichen Organisationsformen ausgehen müssen, um Chancen und Risiken eines wirklichen gemeinsamen Neuaufbaus auszuloten. Dies ist nicht erfolgt. Ebenso wenig war – jedenfalls in der Anfangsphase nach 1990 – von möglichen Stärken des östlichen Modells die Rede. Nicht als ob es diese nicht gegeben hätte. Kurze Studienzeiten mit Einhaltung der Regelstudienzeit eben als Regelfall, individuelle Betreuung in kleineren Lerngruppen, innovatorische Elemente wie Fernstudium und Forschungsstudium, studentisches Wohnen in Campusnähe, hoher Praxisanteil und eine sehr enge unkomplizierte Beziehung zwischen Hochschule und Wirtschaft waren wesentliche Aktivposten, die es wert waren, in dem neuen System differenziert Berücksichtigung zu finden. Diese positiven Merkmale gingen aber aufgrund der anfänglichen ausschließlichen Fokussierung auf die ideologisch belasteten Bereiche des Wissenschaftsbetriebes völlig unter, was noch dadurch verstärkt wurde, dass es nach oberflächlich berechnender Argumentation nur darum hätte gehen können, das westliche System möglichst nahtlos zu übertragen, was dem Beitrittscharakter des Einigungsvorganges entspräche. So als ob unter der Maßgabe des Beitritts des Ostens zum Geltungsbereich des Grundgesetzes<sup>1</sup> nicht auch anderes denkbar und möglicherweise auch realisierbar gewesen wäre, was im Kern Ansätze zu einer gesamtdeutschen Reformlösung mit Synthesecharakter unter zugrunde legen eindeutiger Beurteilungsparameter für West und Ost beinhaltet hätte. Dazu bestand aber weder in der Bundesregierung der politische Wille noch gab es dazu im Wissenschaftsrat wissenschaftspolitisch eindeutige Vorstellungen, der eher davon fasziniert zu sein schien, nun wieder ernster genommen zu werden und wichtige Aufgaben gefunden zu haben, die er in der ehrgeizigen Exekution des westlichen Hochschul- und Wissenschaftssystems im Osten im Wesentlichen ohne Wenn und Aber sah.

---

<sup>1</sup> Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands - Einigungsvertrag -, BGBl. 1990 II Seite 889 ff.

## II. Fachhochschulen

Die im November und Dezember 1990 von den neu gebildeten Landesregierungen Ostdeutschlands verfügten Abwicklungen der Sektionen sozialistische Betriebswirtschaftslehre und Staats- und Rechtswissenschaften sowie anderer ideologisch belasteter Teilbereiche der Hochschulen, was zu ersten Protestwellen an den Hochschulen zum Jahreswechsel 1990/91 führte, wurden in kurzer Frist von der unausweichlichen Notwendigkeit überlagert, tragfähige Antworten und Lösungen für zentrale Schwierigkeiten anzubieten, die sich aus spezifischen Bedingungen des ostdeutschen Hochschulsystems und ostdeutscher Abschlüsse unterhalb des Hochschuldiploms ergaben.<sup>2</sup>

Im Osten gab es als Spezifikum noch den Abschluss Ingenieur, und zwar an den zahlreichen bis dahin existierenden Ingenieurschulen im Ergebnis eines dreijährigen Studiums mit abschließender Graduierung. Allein in Magdeburg existierten vier renommierte Ingenieurschulen (für Maschinenbau; Elektrotechnik; Bauwesen/Wasserbau; Chemie) mit langer traditionsreicher Entwicklung, die zum Teil auf Gründungen des Königreiches Preußen im 19. Jahrhundert zurückgingen und den preußischen Gründungen beispielsweise im Ruhrgebiet in Dortmund vergleichbar waren, die in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts im Westen den Übergang von der Ingenieurschule zur Fachhochschule, die es im Osten Deutschlands bis zur Wende nicht gab, sukzessive gefunden hatten. Daneben gab es zahlreiche Fachschulen unterschiedlicher fachlicher Ausrichtungen, an denen eine betriebswirtschaftliche Ausbildung unterhalb des Hochschulniveaus mit dem Abschluss Ökonom möglich war. Da diese Abschlüsse nach dem 3. Oktober 1990 bundesweit keine Geltung mehr besaßen, die Fach- und Ingenieurschulen auslaufend, aber noch bis 1993-1995 weiterexistierten und Absolventen mit Graduierung entließen, waren rasch umsetzbare Lösungen zu entwickeln, die den Absolventen dieser Schulen perspektivisch bundesweit anerkannte Abschlussdiplome boten. Dies war umso wichtiger, um nach der Wiedervereinigung nicht ganze Jahrgänge von Ingenieurabsolventen bezüglich der Abschlussproblematik quasi ins Leere laufen zu lassen, sondern ihnen gerade im Gegenteil einen deutlichen Anreiz und eine deutliche Perspektive zu bieten, im Land zu bleiben. Dies war einer der entscheidenden Gründe, den Aufbau der Fachhochschulen, an denen den Absolventen der Fach- und Ingenieurschulen ein zweisemestriges Aufbaustudium mit dem Ziel des Fachhochschuldiploms angeboten werden sollte, sehr forciert zu betreiben, was schon im Januar 1991 mit ersten konkreteren Beratungen zu Standortfragen und fachlichen Profilen eingeleitet wurde.

Die Notwendigkeit zu raschen Entscheidungen ergab sich noch aus einer zweiten wichtigen Tatsache, die mit weiteren spezifischen Fakten des ostdeutschen Hochschulsystems zusammenhing. Im Zuge der sogenannten Dritten Hochschulreform der DDR war nach 1968 der Anteil an Ingenieurausbildung, der in direkter Verbindung mit der Kombinatistruktur der jeweiligen Region zu sehen war, stark gesteigert worden. Es waren fachspezifische Ingenieurhochschulen, zum Teil basierend auf fachlich herausragenden Ingenieurschulen, geschaffen worden, die teilweise gegen Ende der achtziger Jahre den Weg zu Technischen Hochschulen genommen hatten und zumeist das Promotionsrecht, in einigen Fällen auch das Habilitationsrecht besaßen. Es bestand die Gefahr, dass durch die Krise der industriell geprägten Großkombinate, deren Weiterexistenz im Umfang und fachlicher Struktur ungewiss war, den entsprechenden affinen Hochschuleinrichtungen die inhaltlichen Grundlagen und die Basis entzogen wurden. In Sachsen-Anhalt bezog sich dies auf die Technische Hochschule "Carl Schorlemmer" Leuna-Merseburg, die Technische Hochschule Köthen und die Hochschule für Landwirtschaft und Ernährungsgüterwirtschaft "Thomas Müntzer" in Bernburg. Dies beschleunigte den Prozess hin zur Gründung von Fachhochschulen, die die Chance eines Neuansatzes auch an diesen drei Standorten mit zukunftsfähiger neuen Profilbildung boten, die zügig initiiert werden musste.

<sup>2</sup> Zu der Entwicklung in Sachsen-Anhalt bis 1994 vgl. die Darstellung des Kollegen Karl-Heinrich Hall, Bildungspolitik und Hochschulerneuerungen in den neuen Ländern, dargestellt an der Hochschullandschaft in Sachsen-Anhalt, in: Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert, Hg. von Karl Strobel, Bd. 5, Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen, 1994, Seite 238-247.

Bereits im Frühjahr 1991 waren die Vorbereitungen zur Errichtung der neuen Fachhochschulen so weit abgeschlossen, dass die Standortfragen einer politischen Entscheidung zugeführt werden konnten.<sup>3</sup> Hierbei spielte das Regionalprinzip insoweit eine wichtige Rolle, als den neuen Fachhochschulen zentral die Aufgabe regionaler Entwicklung und des Motors auch der wirtschaftlichen Diversifikation zukommen sollte. Da sich die räumliche Verteilung der bisherigen Hochschulen nahezu ausschließlich auf die Linie Magdeburg-Halle erstreckte, musste im Ergebnis des Regionalprinzips auch der Westen, Osten und Norden des Landes hochschulseitig erschlossen werden, so dass der Harz, Anhalt und die Altmark in das Zentrum der Überlegung traten.

Die schließlich gefundene Lösung sah die Gründung der Fachhochschule Harz in Wernigerode vor, die ihre fachlichen Schwerpunkte im Rahmen des Fachbereiches Betriebswirtschaftslehre in den Ausbildungsgängen Fremdenverkehr und Tourismus sowie in dem Fachbereich Informatik und Elektrotechnik finden sollte. In einer ersten Ausbaustufe waren hier 1500 flächenbezogene Studienplätze vorgesehen. Enttäuschend war, dass es dem Wissenschaftsressort nicht gelang, in der Frage der im Westen verwaltungsintern gestalteten Studiengänge des Finanz-, Innen- und Justizressorts einen innovatorischen Durchbruch im Sinne einer Öffnung und Einbeziehung in die Fachhochschule Harz zu erreichen. Dies scheiterte an dem massiven Widerstand der anderen Ressorts, die es vorzogen, den konventionellen Lösungsweg zu einem Zeitpunkt im Osten zu wählen, als im Westen bereits der Abschied von diesem Weg eingeleitet wurde. Dies sollte sich auch in anderen Politikbereichen so wiederholen. Es bedurfte noch eines unendlichen Kampfes mit unendlichen Kraftanstrengungen, der sich mit wechselnden Zwischenständen bis 1998 hinzog, bis zumindest die Einbeziehung des Fachbereiches "Allgemeine Verwaltung" der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege des Landes Sachsen-Anhalt am Standort Halberstadt in die Fachhochschule Harz erfolgte, die sich somit seit dem Wintersemester 1998/99 auf die beiden Standorte Wernigerode und Halberstadt erstreckt.

Schwierig war die Entscheidungsfindung in der Region Anhalt, wo speziell am Standort Köthen aufgrund der ausgeprägten Tradition der Ingenieurhochschule starke Vorbehalte gegen die Gründung einer Fachhochschule vorgetragen wurden und Ideen eines Gesamthochschulansatzes verfolgt wurden, die allerdings keinerlei Realisierungschance im Wissenschaftsrat besaßen.

Auch in Dessau spielten anfänglich Gesamthochschulüberlegungen unter Einbeziehung des Bauhauses eine Rolle, die aber von der Stadt Dessau aufgegeben wurden, als eine die Region Anhalt insgesamt umfassende Lösung vom Wissenschaftsministerium in Vorschlag gebracht wurde. Diese Lösung umfasste folgende Komponenten. Es wird die Fachhochschule Anhalt mit insgesamt 4200 flächenbezogenen Studienplätzen in der ersten Ausbaustufe gegründet, die die Standorte Köthen, Bernburg und Dessau umfasst, wobei Dessau als Hochschulstandort neu errichtet wird. Dazu wird in unmittelbarer Nähe zum Bauhaus ein Hochschulcampus konzipiert, der die zum Bauhaus affinen Fachbereiche Architektur, Design, Bauingenieurwesen und Vermessungswesen aufnimmt. Eine sehr enge Kooperation zwischen der Fachhochschule und dem Bauhaus wird angestrebt, die auch die gemeinsame Nutzung bestimmter Gebäuderessourcen (gemeinsame Bibliothek) umfasst. Sitz der Hochschule und damit des Rektorates wird der Standort Köthen, wo im Übrigen die Ingenieurwissenschaften unter Einschluss der Elektrotechnik und der Biotechnologie konzentriert werden. Bernburg wurde als Standort der grünen Fachbereiche vorgesehen mit der Spezialisierung Ökotoxikologie und Landschaftspflege. Nach Anfangsschwierigkeiten, die sich auf die Austarierung der Gewichte zwischen den drei Standorten und, während der Aufbauphase in Dessau, auf das Verhältnis zum Bauhaus bezogen, hat sich die Fachhochschule Anhalt als sehr geeignetes und erfolgreiches Steuerungselement der Interessen der historisch gewachsenen und traditionsreichen Region Anhalt entwickelt, die als Katalysator von und Forum für Entscheidungen dient und als solche von der Öffentlichkeit angesehen wird.

---

<sup>3</sup> Zur Entwicklung des Fachhochschulbereiches in den neuen Ländern generell vgl. Hans-Wolfgang Waldeyer, Das Recht der Fachhochschulen, in: Hailbronner/Geis (Hg.), Kommentar zum Hochschulrahmengesetz, Sonderdruck Mai 2000, Seite 54-73; Johann Schneider, Planung von Fachhochschulen in den neuen Bundesländern, in: Hochschule im Umbruch, Zwischenbilanz Ost, Seite 148-153, Berlin 1993.

Weitere Fachhochschulstandorte waren für Magdeburg sowie die Region Halle/Merseburg vorgesehen. In Magdeburg, wo sich unmittelbar im Zuge der Wende landesweit die ersten Initiativgruppen zur Gründung einer Fachhochschule gebildet hatten, zeichnete sich als fachliche Struktur ein stark ingenieurwissenschaftlich geprägtes Profil ab (Bauingenieurwesen, Wasserwirtschaft, Maschinenbau, Elektrotechnik), wobei ergänzend der Fachbereich Sozialwesen hinzutrat. Organisatorisch und räumlich fand der Beginn direkt in oder benachbart zu den auslaufenden Ingenieurschulen statt. Trotz dieser räumlichen und fachlichen Nähe war der Aufbau der Fachbereiche der neuen Fachhochschule bezogen auf die Wissenschaftler personell ein völliger Neubeginn. Berufungen erfolgten ohne Ausnahme in regulären Berufungsverfahren, denen sich auch die Wissenschaftler der Ingenieurschulen stellen mussten, wenn sie eine Professur an der Fachhochschule anstrebten. Insgesamt waren in der ersten Ausbaustufe für diese Fachhochschule, für die perspektivisch der Standort Herrenkrug für die Zeit nach dem Abzug der Truppen der Roten Armee ins Auge gefasst wurde, 3450 flächenbezogene Studienplätze vorgesehen.

Im Raum Halle/Merseburg gestaltete sich die Entscheidungsfindung für den Fachhochschulstandort insofern schwierig, als hier zuvor die Klärung der Zukunft der Technischen Hochschule Leuna-Merseburg durch Empfehlungen des Wissenschaftsrates erforderlich war, dessen Haltung in dieser Frage lange Zeit unklar blieb. Dass indes die Ansiedlung einer Fachhochschule im Großraum Halle/Merseburg zwingend erforderlich war, war unabhängig von der Standortfrage für das Wissenschaftsressort des Landes eine entschiedene Tatsache. In Merseburg selbst war die Situation aus den unterschiedlichsten Gründen mehr als problematisch. Neben gravierenden Umweltbelastungen, die sich aus der Hinterlassenschaft und auslaufenden Produktion der ehemaligen Chemiegroßkombinate ergaben, den Unklarheiten der Zukunft der Chemieregion in der Anfangszeit nach der Wende und einer gewaltigen Arbeitslosenquote mit steigender Tendenz war es auch die Beschaffenheit des Hochschulareals, die Anlass zur Sorge bot. Dem Campus gegenüber lag eine im Zerfall befindliche Kaserne, die von einem Verband der Truppen der Roten Armee genutzt wurde. Der Campus selbst war überdimensioniert, wies zum Teil unklare Eigentumsverhältnisse auf und ging unvermittelt in den Charakter industrieller Brache ehemaliger chemischer Großkombinate über. Die vom Wissenschaftsrat 1992 vorgesehene Empfehlung zum Standort Merseburg<sup>4</sup> ergab für das Land eine schwierige Situation mit fast nicht lösbaren Umsetzungsproblemen. Die Technische Hochschule Leuna-Merseburg sollte aufgelöst werden - aber dergestalt, dass die Fachbereiche Werkstoffwissenschaften und Verfahrenstechnik in toto Teil der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wurden, die damit an einem zusätzlichen neuen Standort, nämlich Merseburg, unerwartet eine Profilerweiterung, nämlich Ingenieurwissenschaften, erhielt, was eine einigermaßen aufgepfropfte Lösung war, da für technische Fachrichtungen keine historischen und bis dahin fachlichen Anknüpfungspunkte existierten. Die Kompliziertheit wurde noch dadurch erhöht, dass weitere Fachbereiche der TH Leuna-Merseburg, im Wesentlichen betraf dies die Chemie mit ihrem hohem Anteil an Technischer Chemie, aber auch die Physik, Mathematik, Betriebswirtschaftslehre sowie die Sprachausbildung, mit den entsprechenden Fachbereichen der Martin-Luther-Universität fusionieren sollten. Auch dies war eine aufgesetzte, kaum realisierbare Empfehlung, da eine Profilbestimmung der Universität Halle erst noch erfolgen musste, die durch gesonderte Vorfestlegungen, die eine Außenstellenlösung auf Dauer beinhaltete, natürlich erschwert wurden. Der zweite Kernbereich der Empfehlungen<sup>5</sup> betraf die Gründung der Fachhochschule Merseburg auf dem Campus der bisherigen TH. Vorgesehen war die Errichtung einer Fachhochschule mit klassischem ingenieurwissenschaftlichen Profil, die mit den neu und anwendungsorientiert zu strukturierenden Fachbereichen Chemie und Verfahrenstechnik eine regionalspezifische Komponente erhalten sollte. Neu hinzu trat der Fachbereich Sozialwesen, dessen Einrichtung angesichts der Brennpunkte sozialer Konflikte und Umbrüche gerade in der Chemieregion unstreitig war.

Dem Wissenschaftsressort des Landes war natürlich bewusst, dass die Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Standort Merseburg, die man getrost als das typische Beispiel einer am grünen Tisch entworfenen und nur der Theorie verhafteten Konzeption bezeichnen darf, eine Fülle von kaum beherrschbaren Problemen aufwies. Wenn es sich gleichwohl entschloss, der Empfehlung zu

<sup>4</sup> Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin, Teil II, Seite 181 - 184, Köln 1992.

<sup>5</sup> Vgl. ibidem, Seite 125 f.

folgen,<sup>6</sup> so war der nahezu ausschließliche Grund die Erwägung, nicht gleich zu Beginn der Umstrukturierungsprozesse mit Wissenschaftsrat und Bund in eine gravierende Konfrontation zu geraten, die die Prozesse insgesamt nur behindert hätte. Dies war gerade das Spezifikum der Schwächeposition der neuen Bundesländer, dass ihr Wissenschaftssystem insgesamt sich auf den Prüfstand gestellt sah und Abwägungsszenarien mit dem Ziel, eine begrenzte Konfliktführung in Einzelfragen zu initiieren, aufgrund des hohen Risikos der nicht kalkulierbaren Folgen für den Gesamtprozess unter den sehr schwierigen Rahmenbedingungen letztlich nur eine theoretisch gegebene Alternative darstellten.

Bezüglich der Altmark war für eine zweite Stufe des Aufbaus der Fachhochschulen in Sachsen-Anhalt der Standort Stendal mit eintausend flächenbezogenen Studienplätzen vorgesehen. Als Kernbestand des fachlichen Profils wurden die Fachbereiche Betriebswirtschaftslehre und Sozialwesen eingeplant, die zu gegebener Zeit durch zwei bis drei weitere noch näher zu definierende Fachbereiche arrondiert werden sollten.

Als zeitlicher Beginn für die Präsenzstudiengänge wurde nach dem damaligen Kenntnisstand, der sich im Wesentlichen am zu der Zeit bekannten Abzugstermin der Truppen der Roten Armee aus Stendal orientierte, das Jahr 1996 ins Auge gefasst. Als zukünftiger Standort der Fachhochschule in Stendal wurde bereits 1991 die zentral in der Stadt gelegene Tauentzien-Kaserne fixiert, was dem Grundsatz des Landes entsprach, für Hochschulstandorte nach Möglichkeit innerstädtische Lösungsvarianten zu bevorzugen. Die Entscheidung zur Auswahl dieser Kaserne, die zur damaligen Zeit ein Artillerieregiment der Roten Armee beherbergte, erfolgte anlässlich einer Ortsbesichtigung, die zufälligerweise am 18. August 1991 stattfand, dem Tag, an dem Teile der Truppen der Roten Armee gegen den Präsidenten der damals noch existierenden Sowjetunion Michail Gorbatschow putschten. Es entsprach der ungewöhnlichen Besonnenheit des russischen Kommandeurs, den Vertreter der Landesregierung von Sachsen-Anhalt, der mit ausgesuchter Zuvorkommenheit behandelt wurde, die Absurdität der Situation, die dieser erst bemerkte, als er das Kasernentor wieder hinter sich gelassen hatte, nicht bewusst werden zu lassen.

Der Abzug der Truppen der Roten Armee aus Stendal – wie aus Sachsen-Anhalt insgesamt – erfolgte dann früher als ursprünglich angenommen worden war, so dass schon ab 1993 mit konkreten Bauplanungen für die Kasernenanlage begonnen werden konnte. Als Vorlauf der Präsenzstudiengänge wurden in Stendal sogenannte Fernstudienbrückenkurse für den Fachhochschulbereich ab 1992 etabliert, die die bundesweit gültige Nachdiplomierung von Absolventen von Fach- und Ingenieurschulen ermöglichten. Die Kurse waren auf Fernstudienbasis mit konzentrierten Kursabschnitten in Stendal organisiert. Mit dankenswerter Unterstützung der Stadt Stendal wurde als dauerhaftes Domizil für diese Kurse und als Nukleus für die zukünftige Hochschule ein ehemals städtischer Kindergarten hinter dem Winckelmann-Museum gewonnen, der frei stand und für den neuen Zweck saniert werden konnte. Durch die räumliche Nähe zum Winckelmann-Museum wurden wissenschaftliche Kooperationsmöglichkeiten zwischen beiden Einrichtungen initiiert, die auch dadurch verstärkt wurden, dass es ab 1992 stufenweise gelang, die Forschung der Winckelmann-Gesellschaft auf eine breitere und durch Aufnahme der Editionsarbeiten der Schriften Johann Joachim Winckelmanns in die Bund-Länder finanzierten Akademievorhaben auf eine langfristig gesicherte Basis zu stellen.

Die Geschichte des Hochschulstandortes Stendal hat sich im weiteren Verlauf als sehr wechselvoll erwiesen. Ermuntert durch die sehr hohe Akzeptanz, die die neuen Fachhochschulen rasch im Lande gewannen, in Verbindung mit dem vorzeitigen Freiwerden der für die Unterbringung der Fachhochschule vorgesehenen Liegenschaft wurde im Sommer 1994 fraktionsübergreifend durch das Dritte Hochschulstrukturgesetz die Fachhochschule Altmark mit Sitz in Stendal gegründet.<sup>7</sup> Der Forschungs-

<sup>6</sup> Vgl. Erstes Hochschulstrukturgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 10. März 1992, GVBl. LSA 1992, Seite 136 ff. sowie Zweites Hochschulstrukturgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 9. Oktober 1992, GVBl. LSA 1992, Seite 725 ff.

<sup>7</sup> Vgl. Drittes Hochschulstrukturgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 5. Juli 1994, GVBl. LSA 1994, Seite 799. Das Errichtungsdatum war der 1. Oktober 1994.

und Lehrbetrieb wurde am schon genannten Ort in der Winckelmannstraße und in angemieteten Räumen in der Kernstadt übergangsweise durchgeführt. Als erster Präsenzstudiengang wurde Betriebswirtschaftslehre etabliert, die eine internationale Ausrichtung (u. a. durch Pflichtsemester im Ausland und weitere Elemente) erhielt. Im Rahmen eines Fachbereiches Sozialwesen, als dessen inhaltlicher Schwerpunkt die Familienpädagogik entwickelt werden sollte, wurde später der Studiengang Rehabilitationspsychologie eingerichtet, der innovative Studienansätze enthielt. Für den Standort Stendals insgesamt war vorgesehen, hier eine Modellhochschule einzurichten, die innovative Strukturen der Fächer und fachlichen Inhalte mit einem Maximum an Flexibilität der Haushaltsführung verbinden sollte.

Nach guten Anfängen, zu denen auch die pragmatisch und umsetzbar gehaltenen Empfehlungen einer ersten extern besetzten und vom Präsidenten der Hochschule Bremen geleiteten Gutachterkommission beitrugen, kam der Vorgang ins Stocken, nachdem die Beratungen mit dem Wissenschaftsrat ab 1994 aufgenommen worden waren. In sehr mühevollen Verhandlungen gelang dem Land der Nachweis, der vom Wissenschaftsrat anerkannt wurde, dass die Region Altmark eine eigenständige Fachhochschule mit eintausend flächenbezogenen Studienplätzen trägt. In dramatisch ablaufenden Verhandlungen des Landes mit der Spitze des Wissenschaftsrates zum Jahresende 1995 wurde schließlich ein Kompromiss gefunden, durch den der Aufbauprozess in Stendal, den der Wissenschaftsrat lange Zeit nicht akzeptieren wollte, irreversibel gestaltet wurde. Das Land musste allerdings anerkennen, dass der Hochschulstandort Stendal zunächst Außenstelle der Fachhochschule Magdeburg wurde, bis zu einem späteren Zeitpunkt abschließend über die Frage der Eigenständigkeit befunden würde. Am 19. Januar 1996 wurde eine entsprechende Beschlussempfehlung, in der der Kompromisscharakter der im Dezember 1995 gefundenen Vereinbarung zum Ausdruck kam, im Plenum des Wissenschaftsrates verabschiedet, der gleichzeitig die erste Stufe des geplanten Ausbaues der Fachhochschulen mit 12.900 flächenbezogenen Studienplätzen (Stand seit 1998) als für das Land verbindlich fixierte.<sup>8</sup> Damit war für den Aufbau der Fachhochschulen in Sachsen-Anhalt ein Rahmen gefunden, der zwar nicht alle Wünsche erfüllte, innerhalb dessen aber soviel an Gestaltungsmöglichkeiten vorhanden war, dass eine verantwortbare Weiterentwicklung des Fachhochschulwesens vorgenommen werden konnte. Erfreulich war, dass es gelungen war, den Hochschulstandort Stendal im Rahmen der ersten Stufe des Ausbaues der Fachhochschulen in Sachsen-Anhalt zu realisieren, was ursprünglich erst für die zweite Phase vorgesehen war. Als unerfreulich muss man es in diesem Zusammenhang aber bezeichnen, dass es der Wissenschaftsrat dem Land nach 1998 verwehrt, in Stendal gemäß Hochschulgesetz des Landes eine eigenständige Hochschule Altmark zu betreiben, sondern die Außenstellenlösung auf Dauer vorgab. Ursächlich hierfür war eine nachträglich vorgenommene Veränderung der Geschäftsgrundlage, die fairerweise bezüglich Stendal gar nicht hätte angewendet werden dürfen, wonach für eine eigenständige Standortlösung bei Fachhochschulen nunmehr 1.500 flächenbezogene Studienplätze als neue Mindestbezugsgröße zugrunde zu legen seien. Hinzu kam eine weitestgehende personelle Veränderung in der Arbeitsgruppe Fachhochschulgründungen des Wissenschaftsrates, wo unter neuer Leitung der Primat der großen Fachhochschulen mit Außenstellenlösungen gemäß einer gewissen Entwicklungslinie in den alten Bundesländern exekutiert wurde und Ansätze regionalspezifischer Art, wie sie mit dem Antrag zur Gründung der Fachhochschule Altmark vorlagen, nicht aufgegriffen und weiterverfolgt wurden.

Jedoch insgesamt gesehen verlief und verläuft der Aufbau und insbesondere die Arbeit der neuen Fachhochschulen in Sachsen-Anhalt sehr erfolgreich.<sup>9</sup> Dies hing sicherlich auch mit der chancenhaften Einstiegssituation zusammen, die glückhaft genutzt werden konnte, schon in den Anfangsjahren durch den Schwerpunkt der zweisemestrigen Nachqualifizierungsarbeit der Ingenieure hin zum Abschluss Diplomingenieur (FH) unverkennbares Profil und überregionale Bekanntheit zu erringen. Die erfolgreich qualifizierten Diplomingenieure waren die besten Werbeträger für die neuen Fachhochschulen. We-

<sup>8</sup> Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlung zur Aufnahme der Fachhochschule Altmark in Stendal in das Hochschulbauförderungsgesetz, Köln 1996.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Reinhard Myritz, Zwischen Umbruch und Konsolidierung. Zur Entwicklung der Hochschullandschaft in den neuen Bundesländern, in: Deutschland Archiv, Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, 26. Jahrgang 1993, Seite 664 f.



sentlich war aber die wissenschaftspolitische Philosophie, die für diese neue Hochschulart in Sachsen-Anhalt entwickelt worden war.

Die Aufgabe der anwendungsorientierten Forschung war als das zentrale konstitutive Element für die Fachhochschulen definiert worden, um den Anspruch der Gleichrangigkeit substantiell mit Inhalt erfüllen zu können. Hieraus ergab sich als weiterer wichtiger Aufgabenbereich der Technologietransfer, definiert als die ehrgeizige Vorgabe, die vermarktungsfähigen Ideen und Entwicklungen aus dem Hochschulbereich systematisch aufzufinden und ihre Umsetzung in Produkte, die in der Wirtschaft abgesetzt werden können, konzeptionell vorzubereiten und weiterzuführen. Die neuen Fachhochschulen sollten ein Selbstverständnis als wichtiger Motor auch der wirtschaftlichen Weiterentwicklung ihrer Region gewinnen und hierfür Verantwortung empfinden und auch übernehmen. Deshalb war bei der Etablierung der Fachhochschulen das Prinzip der Regionalisierung wesentlich gewesen, um durch ein Netz von Hochschulstandorten die wichtigsten lokalen Bereiche in der Fläche des Landes zu erreichen und auf diese Weise Katalysatoren der wirtschaftlichen Diversifikation der jeweiligen Region aufzubauen. Dahinter stand die Überzeugung, dass die Zukunft des Landes nur über Wissenschaft und Forschung und die kraftvolle und energische Weckung der innovativen Potentiale der jeweiligen Region gewonnen werden könne. Angesichts des zusammenbrechenden Zustandes der Struktur der alten Großkombinate war es wesentlich, Möglichkeiten für Neuanfänge im wirtschaftlich-technologischen Bereich rechtzeitig durch spin-of-Konstellationen aus Wissenschaft und Forschung zu generieren. Als wesentliches additives Element trat ein flächendeckendes System von Technologietransferzentren am jeweiligen Hochschulstandort hinzu, die größtenteils baulich mit Strukturhilfsmitteln der Europäischen Union realisiert werden konnten, sobald nach 1993 die Voraussetzungen dazu durch Verabschiedung entsprechender Vorlagen in Brüssel gegeben waren. Da die Richtlinien für den Einsatz der Mittel der Gemeinschaftsaufgabe für regionale Wirtschaftsförderung, die damals ausschließlich zur Kofinanzierung der Strukturhilfsmittel im nationalen Bereich dienten, dieses so vorgaben, mussten jeweils Betreibergesellschaften mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung als Voraussetzung zum Bau der Zentren gegründet werden. In einem anfänglich sehr mühevollen Prozess mit den Kommunen und Landkreisen, weil hier erst Interesse, das sich auch in finanzieller Beteiligung dokumentieren musste, zu wecken war, gelang es in den meisten Fällen, große und ehrliche Unterstützung zu erringen, weil die Sinnhaftigkeit der Vorhaben erkennbar war.

Auf diese Art entstanden im Verlauf mehrerer Jahre an allen Fachhochschulstandorten mit Ausnahme von Dessau, wo eine Beteiligung der Stadt nicht zustande kam und das Projekt infolgedessen scheiterte, die beschriebenen Technologiezentren, die die jeweiligen Forschungsschwerpunkte der Einrichtung fokussierten und die Übergänge in die entsprechenden Wirtschaftsbereiche bündelten. Gekoppelt war dies mit dem personellen Aufbau der Technologietransferstellen an den Hochschulen und der Bereitstellung der entsprechenden Infrastruktur.

Aufgrund des vorgegebenen Schwerpunktes der anwendungsorientierten Forschung sowie des Technologiebezuges lag es nahe, hierauf auch bei der Fixierung des zu leistenden Lehrdeputates der Professoren Bezug zu nehmen. Im Ergebnis wurden 16 Semesterwochenstunden als Lehrverpflichtung für Fachhochschulprofessoren anstelle der bundesweit üblichen 18 Semesterwochenstunden per Verordnung erlassen, was zu einem Sturm im Wasserglas in einigen Gremien der Kultusministerkonferenz führte. Fakt ist, dass damit ein entscheidender Durchbruch zur bundesweiten Anerkennung des Aspektes der anwendungsorientierten Forschung an Fachhochschulen gelang, da das Beispiel Sachsen-Anhalts viel Nachahmung und Anerkennung fand und es anstehende Weichenstellungen und Entscheidungen der Länder in diesem Sinne beschleunigte. Weitere Maßnahmen des Landes in diesem Zusammenhang, die gleichfalls bundesweit einmalig waren und vom mutigen Entscheidungswillen zeugten, waren, dass das Land in den Fachhochschulen Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter einrichtete sowie weitere Lehrdeputatsermäßigungen für Fachhochschulprofessoren für besondere Aufgaben und Leistungen in der anwendungsorientierten Forschung vorgesehen waren.

Ein Novum war weiterhin die Regelung, dass Absolventen der Fachhochschulen, die ein Diplom von herausragender Leistung erworben hatten, an den Universitäten des Landes promovieren konnten, ohne dass zuvor ein universitäres Diplom als Eingangsvoraussetzung erworben werden musste. Diese

Regelung war sicherlich auch der Tradition der Standorte Merseburg, Köthen und Bernburg geschuldet, wo (Technische) Hochschulen zuvor Promotionsrecht besessen hatten. Gleichwohl war dies ab 1992 eine zunächst bundesweit einmalige Regelung, die wesentlich zur Durchlässigkeit der Systeme Fachhochschule-Universität beitrug und die Kooperation erleichterte. Nach Anlaufschwierigkeiten, die naturgemäß auch mit zum Teil nachvollziehbaren Abwehrmechanismen der Universitäten gegenüber neuen von außen verordneten Verfahren zusammenhingen, sind jetzt Promotionen von Absolventen der Fachhochschulen an Universitäten des Landes und anderer Länder kein Einzelfall mehr, sondern stellen nicht mehr hinterfragte und nicht mehr diskutierte Praxis dar.

Die schnell erreichte Attraktivität der Fachhochschulen spiegelt sich auch in der hohen studentischen Nachfrage seit 1993 wieder, die mit rund 43 % der Studienanfänger im kontinuierlichen Durchschnitt der letzten acht Jahre bundesweit die Spitzenzahl bildet und die hochschulplanerische Vorgabe des Landes, die für das Verhältnis bezüglich der Studienanfänger bei Fachhochschulen und Universitäten nach Modifikationen des Jahres 1999 auf 45 % zu 55 % fixiert ist, fast schon erfüllt. Dies hängt sicherlich auch mit der hohen Flexibilität zusammen, mit der die Fachhochschulen auf die Veränderungen des Marktes und der Arbeits- und Berufswelt reagieren. Die Einführung neuer Studiengänge wie Rehabilitationspsychologie oder Wirtschaftsrecht bildet hier nur ein Beispiel. Es gelang auch problemlos, in Abstimmung mit den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg sowie der Wirtschaft berufsakademische Studiengänge an diesen beiden Fachhochschulen einzurichten, die 1997 begannen und nachgefragte Bedarfe im Bereich von Wirtschaftswissenschaften und Informatik abdecken. Auf die Öffnung des bis 1998 internen Studienganges für den nicht-technischen allgemeinen gehobenen Verwaltungsdienst in Halberstadt ist schon hingewiesen worden. Über den Weg ausländischer Hochschulkoperationen gelang an den Fachhochschulen auch vergleichsweise mühelos der Einstieg in die internationalen Studiengänge magister artium und baccalaureus, was eine Modularisierung der Studiengänge beinhaltet, die in Zukunft zunehmend auch bei den Diplomstudiengängen Eingang finden wird. Die weitere Entwicklung wird erweisen, in welchem Umfang die neuen Abschlussmöglichkeiten MA und BA von den Studenten angenommen und wie sie in der Berufswelt verankert sein werden und ihren Platz auf Dauer behaupten werden. Wichtig war indessen, dass die Fachhochschulen von sich aus sensibel auf die Neuentwicklungen reagiert haben und insbesondere die internationalen Aspekte, die anfänglich vorrangig in Wernigerode und Stendal den Schwerpunkt bildeten, auf breiter Front durch Hochschulkoperationen und vielfältige weitere Maßnahmen aufgegriffen haben. Dass sie hierbei im Ringen um Profil und Anerkennung beherzt den Konkurrenzstreit mit den Universitäten aufgenommen haben, zeugt vom gesunden Selbstbewusstsein und der Kraft, die unsere Fachhochschulen in wenigen Jahren erworben haben.

### III. Außeruniversitäre Forschung

Ein vergleichbar hoher Handlungsdruck wie bei den Fachhochschulen bestand in der Frage der Neuordnung der außeruniversitären Forschung, da die Finanzierung der Institute der Akademie der Wissenschaften, der Landwirtschaftswissenschaften sowie der Bauakademie gemäß des Einigungsvertrages zum 31.12.1991 auslief<sup>10</sup> und die neuen Organisationsformen gemäß Artikel 91 b des Grundgesetzes, die sich aus einer begutachten positiven Empfehlung des Wissenschaftsrates ergeben mussten, so rechtzeitig im Verlauf des Jahres 1991 vorzubereiten waren, dass die neue Struktur zum 01.01. 1992 greifen konnte. Auf dem Gebiet des Landes Sachsen-Anhalt betraf dies vier Institute der Akademie der Wissenschaften, nämlich das Institut für Neurobiologie und Hirnforschung in Magdeburg, das Zentralinstitut für Genetik und Kulturpflanzenforschung in Gatersleben sowie die Institute für Biochemie der Pflanzen und Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie in Halle sowie 23 Einrichtungen der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften.

Die landwirtschaftlich orientierten Einrichtungen zeigten eine Zentrierung im Vorharz, in der Börde und in Magdeburg, wo sich Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie landwirtschaftlicher Erzeugnisse befanden, denen diese meist anwendungsorientierten arbeitenden Forschungseinrichtungen zugeordnet

---

<sup>10</sup> Vgl. oben Anmerkung 1.

waren. Die von der Landesregierung für die beiden Bereiche vorgenommene Aufteilung der Ressortzuständigkeit erfolgt derart, dass für die Institute der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften das Landwirtschaftsministerium Sachsen-Anhalts zuständig war. Dies entsprach der Zuständigkeit des Bundeslandwirtschaftsministeriums auf Bundeseite. Diese Zuordnung erwies sich im Laufe des Prozesses als Fehler, da beide Ministerien offensichtlich wenig Interesse am Weiterbestand dieser Forschungseinrichtungen hatten und sie sich in die Begutachtungsverfahren des Wissenschaftsrates, für den Aspekte der anwendungsorientierten Landwirtschaftsforschung außerhalb der Universitäten, um es freundlich zu formulieren, nicht im Zentrum des Interesses standen, nur ungenügend einbrachten. Die Folge war, dass anders als bei den Instituten der Akademie der Wissenschaften, deren Evaluationsprozesse fachkundig und fair durch die Wissenschaftsressorts des Bundes und der Länder begleitet werden konnten, die Agrarinstitute vielfach auf sich allein gestellt waren, einer kontinuierlichen fachlichen Betreuung entbehrten und eine wie auch immer geartete Unterstützung von den Wissenschaftsressorts erwarteten, die diese aufgrund fehlender Zuständigkeit nur begrenzt leisten konnten. Hier drohte einem wesentlichen Forschungsschwerpunkt des Landes sehr konkrete Gefahr und es blieb eine offene Frage, wieweit hier entgegengesteuert werden könnte.

Im Kern klarer war die Situation bei den vier Instituten der Akademie der Wissenschaften, die einen vorzüglichen fachlichen Ruf als ausgewiesene Forschungsstätten hatten. Klar war, dass diese Institute ihren Platz im Rahmen der gesamtdeutschen Neuordnung der außeruniversitären Forschung finden würden. Offen blieb zunächst die Organisationsform im Einzelnen, also ob als Institute der Blauen Liste, der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft oder als Großforschungszentrum. Klar war, dass es zu einer stärkeren Nähe dieser Institute zu benachbarten Universitäten mit der Maßgabe, Forschung wieder stärker in die Universitäten zu integrieren und somit Fehlentwicklungen zu korrigieren, die in Ostdeutschland nach 1968 eingetreten waren, kommen musste. Unklar war, in welcher Form dieses zu erreichen war, ohne beide Seiten zu überfordern. Daneben gab es noch eine Fülle von sehr schwierigen Einzelfragen zu lösen, die mit der spezifischen historischen Situation in Ostdeutschland zusammenhingen.

Die Palette reichte vom eigenem überdimensionierten und unrentablen Heizkraftwerk auf dem Institutsgelände in Gatersleben, durch das die halbe Ortschaft mit beheizt wurde, bis hin zu völlig ungeklärten Eigentumsverhältnissen der Institutsgrundstücke auf dem Weinberg in Halle.

Im ersten Halbjahr 1991 zeichnete sich ab, dass für das Institut für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie in Halle eine Lösung als Institut der Max-Planck-Gesellschaft realisiert werden könnte, die allerdings mit Akzentverschiebungen der Arbeitsschwerpunkte verbunden war. Der Sommer 1991 war durch Unklarheiten für das Stellenkonzept charakterisiert, für das sich eine Minusvariante im Vergleich zum Akademiestand abzeichnete. Das Land versuchte, die Situation dadurch zu stabilisieren, dass es eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Max-Planck-Gesellschaft voranbrachte, die offenen Liegenschaftsprobleme auf dem Weinberg einer ersten Klärung zuführte und schon damals eine Kaufoption gegenüber dem Bund für ein in unmittelbarer Nachbarschaft zum zukünftigen Max-Planck-Institut gelegenes, ehemals von der Roten Armee genutztes Gebäude zwecks zukünftiger Nutzung als Gästehaus des Max-Planck-Institutes abgab. Die im Sommer 1991 am Institut für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie bezüglich der zukünftigen Arbeitsschwerpunkte und des Stellenumfanges bestehenden Unklarheiten führten am Institut für Biochemie der Pflanzen insofern zu einer Umorientierung, als die Institutsleitung die Präferenzierung der Möglichkeit, ein Max-Planck-Institut zu werden, was unter Qualitätsgesichtspunkten ebenso wie bei den Instituten in Gatersleben und Magdeburg durchaus in Betracht kam, aufgab und nun eindeutig den Status eines Blaue-Liste-Institutes anstrebte. All diese Überlegungen und psychologischen Strömungen hatten Einfluss auf den Evaluierungsprozess des Wissenschaftsrates, auf die Arbeit der inzwi-

schen eingesetzten Landeshochschulstrukturkommission<sup>11</sup> und später auf die Beratungen der Gründungskommissionen der einzelnen Institute, die Detailempfehlungen zur Führungsstruktur und zur Stellenausstattung der neuen Institute der außeruniversitären Forschung vorbereiteten.

Im Ergebnis erhielt das Land mit dem Institut für Mikrostrukturphysik in Halle das erste Max-Planck-Institut in den neuen Bundesländern sowie mit dem Instituten für Pflanzenbiochemie (Halle), Genetik und Kulturpflanzenforschung (Gatersleben) und Neurobiologie (Magdeburg) zunächst drei Institute der Blauen Liste. Es ist im Nachhinein müßig zu fragen, ob andere Ergebnisse möglich oder besser gewesen wären. Sie entsprachen dem, was auf den unterschiedlichen Ebenen durchsetzbar war, und eröffneten dem Land die Chance, sich um weitere Institutsgründungen der Max-Planck-Gesellschaft und um andere Forschungsinstitute zu bewerben.

Schwerpunkt der Arbeit des Wissenschaftsressorts im Bereich der außeruniversitären Forschung war aber im dritten und vierten Quartal des Jahres 1991 zunächst die Umstellung auf die neuen Stellenstrukturen der Institute und die Bewältigung der damit zusammenhängenden Probleme, die zum Teil gravierender Natur waren. Drei wesentliche Problembereiche traten systembedingt hervor. Zum einen war die neue Personalstruktur „schlanker“, als die der bisherigen Akademieinstitute, was bis zu 15 % des bisherigen Personalbestandes ausmachen konnte. Wenngleich mit dem damaligen BMFT entlastende Übergangshilfen für die neuen Bundesländer ausgehandelt werden konnten, blieb im Ergebnis die beklemmende Tatsache, dass wissenschaftliche Kapazitäten kurz- oder mittelfristig nicht weiterbeschäftigt werden konnten.

Es bedurfte erheblicher Anstrengungen des Wissenschaftsressorts des Landes, unter anderem durch Aufbau einer eigenen projektbezogenen Forschungsförderung, um hier wirksam gegenzusteuern und für das Land wesentliche Forschungen weiterführen zu können. Zum anderen musste das Verhältnis der befristet und unbefristet beschäftigten Mitarbeiter in eine ausgewogene Relation gebracht werden. Dies hatte zur Folge, dass einem Teil der bisher unbefristet beschäftigten Mitarbeiter nur befristete Verträge angeboten werden konnte. Drittens entstanden für einen Teil der technischen Mitarbeiter dadurch Probleme, dass technische Anlagen kurz- bis mittelfristig ausliefen und das zum Betrieb erforderliche Personal infolgedessen nicht mehr erforderlich war. Als der Bund beispielsweise in Gatersleben zum Jahreswechsel 1991/92 auf dem übergangslosen Abbau dieses Personals bestand, entstand aufgrund des drohenden Ausfalles der Heizversorgung von Ortschaft und Institut eine Krisensituation, die kurz vor Weihnachten 1991 nur durch unbürokratische Absprachen mit dem Finanzministerium des Landes über Übergangslösungen gemeistert werden konnte.

Mit dem Übergang der vier Institute der Akademie der Wissenschaften in die neue Struktur zum 01.01.1992 war ein wesentlicher Zwischenschritt in der Neuorganisation der Wissenschafts- und Forschungslandschaft des Landes erreicht, an den mit zukunftsfähiger Weiterentwicklung angeknüpft werden konnte. Als Rechtsform für die neuen Institute der Blauen Liste wählte das Land die Stiftung öffentlichen Rechtes, durch die nach Auffassung des Wissenschaftsressorts die besondere Verbindung des Landes zum jeweiligen Institut am geeignetsten zum Ausdruck gebracht werden konnte. Im Stiftungsrat, dem Aufsichtsorgan gegenüber der Institutsleitung, waren je zwei Vertreter des Landes und des Bundes aus den Fachressorts vertreten, wobei der Vorsitz im zweijährigen Zyklus jeweils von einem Vertreter des Landes und danach des Bundes eingenommen wurde. 1998/1999 ging er für zwei Institute aufgrund der Federführung der Länder für die Institute der Blauen Liste jeweils völlig auf den entsprechenden Ländervertreter über. Neben weiteren Mitgliedern aus Wissenschaft und Wirtschaft sind im Stiftungsrat noch der Rektor der jeweiligen Universität sowie der Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirates und dessen Stellvertreter vertreten. Dadurch wird die Arbeit des Aufsichtsorganes Stiftungsrat in einem transparenten Verfahren mit Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirates zur

<sup>11</sup> Vgl. zur Rechtsgrundlage für die Einsetzung der Kommission § 4 Absatz 2 des Gesetzes zur Erneuerung der Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt (Hochschulenerneuerungsgesetz - HEG LSA) GVBl. LSA 1991, Seite 197. Zum HEG vgl. auch Andreas Kehler, Hochschulenerneuerungsgesetz von Sachsen-Anhalt, in: Hochschule im Umbruch, Zwischenbilanz Ost, Seite 115-119, Berlin 1993.

Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Schwerpunkte verbunden und die Kooperationen zwischen dem Institut und den Universitäten, die unter dem Gesichtspunkt der Verstärkung der Forschung in den Universitäten für das Land von besonderem Gewicht ist, werden auf eine institutionell abgesicherte Basis der Betreuung gestellt. Die Kooperationsbeziehungen wurden durch gemeinsame Berufungen fast aller Abteilungsleiter auf der Grundlage von Kooperationsverträgen abgesichert. In diesen ist vorgesehen, dass der gemeinsam Berufene Mitglied der jeweiligen Fakultät wird. Diese Regelung gilt auch, wenn die gemeinsame Berufung über eine Honorarprofessur erfolgt. Im Übrigen sind in Analogie zu den Max-Planck-Instituten die Abteilungsleiter gleichrangig. Der Institutsleiter ist Primus inter pares und für fünf Jahre bestellt, wobei die Wiederernennung durch den Stiftungsrat möglich ist.

Die vom Land gewählten Lösungen und Organisationsmodelle für die außeruniversitäre Forschung, die in enger Verbindung mit den Universitäten ausgestaltet wurden, haben mit dazu beigetragen, dass Wissenschaft und Forschung insgesamt in Sachsen-Anhalt einen sehr gedeihlichen und erfolgreichen Weg in die Zukunft nehmen konnten. Sicherlich gab es retardierende Einflüsse und Rückschläge. Hier sind die Unsicherheiten zu nennen, die sich 1991 und 1992 naturgemäß für die Mitarbeiter der Institute durch die notwendige Überprüfung der persönlichen Integrität durch die Personalkommissionen der Institute ergaben. Einen Rückschlag bedeutete es auch, dass sich das Land Mecklenburg-Vorpommern von 1994 bis 1998 weigerte, für das Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung seinen Sitzlandanteil der in Mecklenburg-Vorpommern gelegenen Genbank-Außenstellen (Groß Lüsewitz und Malchow) zu entrichten. Behindernd wirkt sich auch aus, dass die vom Wissenschaftsrat empfohlene Zusammenführung der Genbanken der FAZ aus Braunschweig und des Gaterslebener Instituts zu einer einheitlichen Deutschen Genbank in Gatersleben nach zehn Jahren immer noch nicht vollzogen ist. Durch diese Zusammenführung ließe sich eine nationale Fokussierung der Erhaltung und Nutzung pflanzengenetischer Ressourcen erreichen. Durch die Kompromisshaltung des Landes Sachsen-Anhalt zeichnet sich jetzt eine Variante zur Lösung der jahrelangen Ressortstreitigkeiten auf Bundesseite zwischen BMBF und BML ab.

Die überwiegend positive Entwicklung der außeruniversitären Einrichtungen wird durch umfangreiche Investitionen für Neubau, Sanierung und Geräteausstattung gekennzeichnet, die ab 1993 in die Realisierungsphase traten. Personell und materiell trat damit rasch eine Konsolidierung ein, die zeitlich deutlich vor der Konsolidierung der Universitäten erfolgte. An diesem Punkt wird eine Gefahr deutlich, die bis heute latent gegeben ist, nämlich eine gewisse unterschiedliche Entwicklung der außeruniversitären Institute und der Universitäten, was im Wesentlichen aus den gesicherten Rahmenbedingungen der außeruniversitären Forschung resultiert. Hier Nachteile der Universitäten auszugleichen, ist eine der wichtigen Aufgaben des Wissenschaftsressorts.

Ab 1992 erfolgte eine weitere wichtige Ausbauphase für die außeruniversitäre Forschung im Bereich der Einrichtungen der Blauen Liste durch Aufbau des Institutes für Wirtschaftsforschung in Halle sowie durch erste Vorbereitungen für den Aufbau eines Institutes für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa. Das Institut für Wirtschaftsforschung wurde ergänzend zu den in den alten Bundesländern bereits bestehenden Wirtschaftsforschungsinstituten als Neugründung mit einem Standort in den neuen Bundesländern und mit der Aufgabe errichtet, wirtschaftliche Transformationsprozesse forschend zu begleiten und dabei auch Beratungsaufgaben für die Politik wahrzunehmen. Hierbei konnte der Aufbau in etwa synchron mit dem personellen Neuaufbau der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg erfolgen.

Das Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa hatte mit einem Institut der ehemaligen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften eine Vorgängereinrichtung in Berlin. Die Entscheidung, nach Schließung der Vorgängereinrichtung eine Neugründung in Sachsen-Anhalt vorzunehmen, wurde durch Empfehlungen des Wissenschaftsrates gestützt und durch einvernehmliches Handeln der zuständigen Abteilungsleiter im Berliner Wissenschaftssenat und im Wissenschaftsressorts des Landes Sachsen-Anhalt gefördert. Diese Institutsneugründung war eines der wenigen geglückten Vorhaben, Forschungsvorhaben über Ländergrenzen hinweg zu verlagern und Forschungskapazitäten neu zu etablieren. Nach dem Verzicht des Landes Berlin und einem Kabinettsbeschluss des Landes Sachsen-Anhalt über eine Institutsneugründung wurde mit dem personellen Aufbau in 1994 begonnen, nachdem provisorische Unterbringungsmöglichkeiten in Halle zur Verfügung standen.

Für das Wissenschaftsressort war der Ansiedlungsbeschluss für den Standort Halle neben der Gründung „grüner“ Fachbereiche am Standort Bernburg der Fachhochschule Anhalt sowie der Übernahme der Tierproduktion von der Universität Leipzig an die Landwirtschaftliche Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ein Teil der Maßnahmen, mit denen das Haus den sich abzeichnenden Zusammenbruch der Agrarforschung der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu kompensieren versuchte, gegen den bis dahin nur mit Projektmitteln notdürftig hatte gegengesteuert werden können. Als Standort für das Institut war Halle vorgesehen, um die wissenschaftspolitisch gewollte Verzahnung mit der Landwirtschaftlichen Fakultät einer Universität und gemeinsame Berufungen der drei Abteilungsleiter des Institutes mit einer Universität zu erreichen, wofür in Halle beste Voraussetzungen bestanden. Diese klare Standortentscheidung, zu der es in Sachsen-Anhalt keine für den Wissenschaftsrat akzeptierbare Alternative gab, wurde durch die Beratungen des Landtages ab 1994 zunächst wieder in Frage gestellt, weil die landwirtschaftlich intensiv genutzten Gebiete im Norden des Landes als möglicher Standort zur Diskussion standen. Bedingt durch diese Verzögerungen konnte der intensive Aufbau des Institutes erst ab 1996 beginnen.

Schon im Januar 1991 wurden Verhandlungen mit der Generalverwaltung der Fraunhofer-Gesellschaft zur Gründung von Fraunhofer-Einrichtungen in Sachsen-Anhalt aufgenommen. Im Ergebnis wurden das Institut für Fabrikplanung und Fabrikautomatisierung in Magdeburg und eine Außenstelle des Fraunhofer-Institutes für Werkstoffmechanik Freiburg in Halle gegründet. Das Magdeburger Institut konnte auf Forschungskapazitäten aus der örtlichen Industrie und der damaligen Technischen Universität aufbauen, die sehr gut miteinander kooperierten. Die Überlegungen des Wissenschaftsressorts gingen schon 1991 davon aus, die ingenieurwissenschaftliche Forschung in Magdeburg zu zentrieren und durch Bündelung von Kapazitäten der Hochschulen, der außeruniversitären Einrichtungen und der Industrie zu verstärken. Bereits damals war in diesem Zusammenhang an eine spezifische Technologietransfereinrichtung für die Ingenieurwissenschaften gedacht, die an die erfolgreiche Arbeit des damals schon bestehenden Technologietransferzentrums (TGZ) der Universität anknüpfen sollte und später als Experimentelle bzw. Fraktale Fabrik bekannt wurde.

Nach bescheidenen räumlichen Anfängen und Übergangslösungen für das Fraunhofer-Institut wurde für den Neubau vom Wissenschaftsressort, das sich in der Frage der federführenden Zuständigkeit bezüglich der Fraunhofer-Gesellschaft gegenüber dem Wirtschaftsressort durchgesetzt hatte, ein Standort am Askanischen Platz in unmittelbarer Universitätsnähe angeboten. Rückgabeansprüche haben eine kurzfristige Verfügbarkeit des angebotenen Grundstücks verhindert. Es sei darauf hingewiesen, dass dieses Grundstück dann aber doch für andere Zwecke von Wissenschaft und Forschung erhalten werden konnte. Dabei bewährte sich zum erstenmal die sehr enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Stadt Magdeburg, insbesondere mit dem Oberbürgermeister und seiner Verwaltung. Es ist ein schöner Zufall und ein sehr befriedigendes Ergebnis, dass diese Liegenschaft direkt am Elbeufer des Askanischen Platzes heute als Baugrundstück von der Max-Planck-Gesellschaft für die Neubebauung des ersten ingenieurwissenschaftlichen Max-Planck-Institutes in Deutschland, des Institutes für Dynamik komplexer technischer Systeme, genutzt werden kann. So steht dieses Grundstück heute der ingenieurwissenschaftlichen Forschung als Schwerpunkt des Standortes Magdeburg zur Verfügung. Doch dies ist ein Vorgriff auf eine Entwicklung, die sich erst ab 1996 konkretisieren ließ. 1993 wurde vom Wissenschaftsressort zunächst die Entscheidung getroffen, der Fraunhofer-Gesellschaft für das neue Fraunhofer-Institut ein zweites Angebot zu unterbreiten. In Abstimmung mit der Universität wurde der Fraunhofer-Gesellschaft ein ebenfalls am Askanischen Platz gelegenes weiteres Grundstück angeboten, das sich in Landesbesitz befand. Da das Areal insgesamt kleiner war, wurden Planungsoptionen, das Fraunhofer-Institut als gemeinsamen Institutsneubau mit dem Institut für Gewässerforschung, das als Teil einer Großforschungseinrichtung im Entstehen begriffen war, baulich zu verwirklichen, aufgegeben. Statt dessen wurde die zügige Realisierung eines in jeder Hinsicht für das Fraunhofer-Institut auskömmlichen Bauvolumens in Angriff genommen. Eine schnelle Entscheidung war aus Sicht des Wissenschaftsressorts erforderlich, um Tendenzen innerhalb der Generalverwaltung der Fraunhofer-Gesellschaft abzuwehren, trotz einer vom Land für den Institutsneubau zugesicherten hälftigen Sonderfinanzierung die baulichen Prioritätsentscheidungen der Fraunhofer-Gesellschaft zu Lasten von Magdeburg und Sachsen-Anhalt zu verändern.

Eine Liegenschaft direkt neben dem Neubau des Fraunhofer-Instituts hatte das Wissenschaftsressort von Anfang an als den Standort für die Experimentelle Fabrik (EX-FA) vorgesehen. Ausschlaggebend

hierfür waren die Verzahnungsmöglichkeiten dieser anwendungsorientiert arbeitenden Einrichtung mit den in der Nachbarschaft gelegenen Instituten der Otto-von-Guericke-Universität und der außeruniversitären Forschung. Da die bauliche Realisierung der „EX-FA“ mit Mitteln der Strukturhilfe der Europäischen Union in Verbindung mit denen für Regionale Wirtschaftsförderung erfolgen sollte, hatte das Wirtschaftsministerium als Titelverwalter die Federführung für dieses Projekt. Das Wirtschaftsministerium wollte die Ansiedlung im Technologiepark in Barleben außerhalb Magdeburgs erzwingen. Es ist nur dem im Ergebnis glücklichen Umstand zu verdanken, dass durch den zwischen der Betreibergesellschaft der Experimentellen Fabrik und dem Wirtschaftsministerium entstehenden Streit um die Architektenentwürfe für den in Barleben geplanten Neubau dem Wissenschaftsministerium die Möglichkeit gegeben war, die Ansiedlungsfrage generell noch einmal aufzuwerfen. Letztlich gelang es, die wissenschaftspolitisch sinnfälligste Lösung der Ansiedlung neben dem Fraunhofer-Institut zu realisieren. Sicherlich war damit ein ärgerlicher Zeitverlust eingetreten, da die Bauarbeiten zur Errichtung der EX-FA erst 1999 beginnen konnten.

Dem ingenieurwissenschaftlichen Schwerpunkt in Magdeburg wurde bei der Berufung der Institutsleitung des Fraunhofer-Institutes insofern Rechnung getragen, als faktisch eine Doppelberufung erfolgte. Der Grundansatz war, durch ein personelles West-Ost-Junktim in der Institutsspitze einheimisches und auswärtiges Wissen, Erfahrungen und Kontakte zusammenzubringen und damit zur Stärkung des Institutes beizutragen. Insofern erfolgte, basierend auf dem Listenvorschlag einer gemeinsamen Berufungskommission, in 1994 die Ernennung des Institutsleiters zum Universitätsprofessor und die seines Vertreters und Abteilungsleiters zum Honorarprofessor an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, die damit auch eine stärkere fachliche Plattform im Bereich des Fabrikbetriebes und der Fabrikautomatisierung erhielt. Das Verhältnis der beiden Leiter, deren Bereiche nach Absprache mit der Zentralverwaltung der Fraunhofer-Gesellschaft in der Folgezeit verselbständigt wurden, war durch eine produktive Konkurrenzsituation charakterisiert, die dazu beitrug, dass sich das Institut in kurzer Zeit in die Spitzengruppe der Einrichtungen der FhG in den neuen Bundesländern emporarbeiten konnte. Diese Produktivität blieb erhalten, solange die Konkurrenzsituation mit einer gewissen gegenseitigen Grundsolidarität verbunden war und das persönliche Profilierungsbemühen nicht zu Lasten des Ansehens des Gesamtinstitutes erfolgte. Die Wiedereinhaltung dieser dem common sense unterliegenden Selbstverständlichkeit vorausgesetzt, hat das Fraunhofer-Institut in Magdeburg die besten Voraussetzungen, sich weiterhin in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus als eine der tragfähigen Säulen der Forschungs- und Technologieentwicklung zu profilieren. Dabei beinhaltet die organisch zu gestaltende Weiterentwicklung des Institutes auch dessen Mitwirkung bei zentralen Fragestellungen zur Arbeit der Experimentellen Fabrik und beim Aufbau eines wirtschaftsnah arbeitenden Demonstrationsszentrums zur Fabriksimulation.

Die Fraunhofer-Einrichtung auf dem Weinberg in Halle wurde als Außenstelle des in Freiburg, Baden-Württemberg, beheimateten Institutes für Werkstoffmechanik gegründet. Der personelle Stamm dieser Außenstelle rekrutierte sich anfangs aus anwendungsorientiert arbeitenden Forschern des ehemaligen Halleschen Akademieinstitutes für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie. Das ehemalige Akademieinstitut ist damit Vorläufer sowohl des Max-Planck-Institutes als auch des Fraunhofer-Institutes in Halle. Die Unterbringung der Fraunhofer-Einrichtung auf dem Weinberg in Halle hatte zunächst provisorischen Charakter, bis in einer umfassenden Sanierungs- und Ergänzungsbaumaßnahme, die mit Grundstücksarrondierungen durch das Land in der Nachbarschaft des Max-Planck-Institutes verbunden war, dem Institutsteil ab September 1996 optimale Raum- und Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden konnten. Die schon 1991 ins Auge gefasste Absicht des Landes, den Institutsteil in Halle zu verselbständigen, konnte zunächst nicht realisiert werden, da von der Institutsleitung in Freiburg und der Zentralverwaltung der FhG an der Zweistandortlösung trotz diverser damit zusammenhängender Probleme festgehalten wurde. In der Anfangsphase des Institutsteils in Halle war aufgrund der wirtschaftlichen Umbruchsituation in den neuen Bundesländern und den damit zusammenhängenden Labilitäten objektiv noch nicht erkennbar, ob sich in Halle eine tragfähige technologische Basis aufbauen ließe und welche wirtschaftlichen Diversifikationsmöglichkeiten sich für den Institutsteil ergeben können. Dies stellt sich heute, nachdem die Entscheidungen zum Wiederaufbau der Chemieregion Halle-Bitterfeld-Wolfen gefallen sind und sich erste positive Auswirkungen zeigen, natürlich klarer und eindeutiger dar.

Es gehört zu den schönen auf Verlässlichkeit und Klarheit der Zielorientierung basierenden Erfolgen der Wissenschaftspolitik in Sachsen-Anhalt, dass Initiativen zur Verselbständigung des Institutsteiles in Halle seit 1997 auch von der Freiburger Institutsleitung mitgetragen wurden und von dort der Vorschlag Unterstützung fand, die jetzt anstehende Nachfolge in der Institutsleitung unter Ausrichtung auf den Standort Halle als Sitz des zukünftigen Institutsleiters durch ein gemeinsames Berufungsverfahren mit der Martin-Luther-Universität zu lösen. Damit ist eine Gewichtsverlagerung hin nach Halle eingeleitet, die auf faktisch eingetretene Orientierungen in der Akquisitionstätigkeit Bezug nimmt und zukünftige realistische Erwartungen widerspiegelt. Gleichzeitig hat das Land aufgrund des von der Fraunhofer-Gesellschaft genannten Bedarfs ein Grundstück für einen auskömmlichen Erweiterungsbau in der ehemaligen Heidegarnison (jetzt Heide-Süd) in unmittelbarer Nähe des jetzigen Institutsgebäudes angeboten. Die zeitgleiche Realisierung der Neubebauung mit einem für die Natur- und Ingenieurwissenschaften der Martin-Luther-Universität geplanten dritten Technologietransferzentrum in Halle erscheint realistisch. Das Technologiezentrum wird sich im interdisziplinären Ansatz mit spezifischen, auch die Arbeitsgebiete des Fraunhofer-Institutes in Halle berührenden, Fragestellungen der Werkstoffwissenschaften von der Grundlagenforschung bis hin zur Anwendungsorientierung befassen. Zusätzlich wird sich das Institut an einem wirtschaftsnah arbeitenden Demonstrationszentrum der Chemieregion in Merseburg beteiligen, das zentral mit neu entstandenen Chemieunternehmen im südlichen Sachsen-Anhalt kooperieren wird. Damit sind sowohl in der Verzahnung mit anderen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen als auch bezüglich der Kooperation mit der Wirtschaft ähnlich gute Voraussetzungen für ein zukünftig selbständiges Institut geschaffen wie für das Fraunhofer-Institut in Magdeburg.

Über die Genese der Gründung des Max-Planck-Institutes für Mikrostrukturphysik in Halle wurde oben berichtet. Bei den Ansiedlungsbemühungen des Landes bezüglich weiterer Max-Planck-Institute gab es ab 1992 zunächst nur Misserfolge. Als erstes scheiterte die Bewerbung um das Max-Planck-Institut für Wirtschaftsforschung, für das das Land Halle als Standort vorgeschlagen hatte. Obwohl das Wissenschaftsressort mit der sogenannten Lehmannschen Villa eine vorzügliche Lösung für die Unterbringung angeboten hatte und die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Martin-Luther-Universität ebenso wie das Blaue-Liste-Institut für Wirtschaftsforschung personell und materiell bereits einen guten Aufbaustand erreicht hatten und somit Ansätze zur Bildung einer kritischen Masse und guter Kooperationsbeziehungen unübersehbar verfügbar waren, entschied der Senat der Max-Planck-Gesellschaft 1993 im Wesentlichen aufgrund einer politischen Intervention im Senat zugunsten des Standortes Jena. Danach scheiterte die Bewerbung um das Max-Planck-Institut für Neurowissenschaften, für das das Land Magdeburg als Standort vorgeschlagen hatte. Trotz eines 1993 bereits deutlich erkennbaren Aufbaustandes des neurowissenschaftlichen Schwerpunktes an der Medizinischen Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und trotz der erfolgreichen Neugründung des Blaue-Liste-Institutes für Neurobiologie in Magdeburg entschied sich der Senat der Max-Planck-Gesellschaft für den Standort Leipzig. Der Anlass war, dass sich in Leipzig das Problem des Zuganges zu neurologischen Klinikbetten schneller lösen ließ, da aufgrund einer allgemeinen Defizitsituation Containerbauten schon in der Planung befindlich waren.

Enttäuschend verliefen auch die Verhandlungen über die Gründung eines großen biologischen Forschungsinstituts der Max-Planck-Gesellschaft, bei denen Halle mit Jena und anderen Standorten konkurrierte. Hier spielte insbesondere das Vorhandensein der Max-Planck-Forschungsstelle von Prof. G. Fischer (Enzymologie der Proteinfaltung) in Halle eine große Rolle, die einen der fachlichen Nuklei des zukünftigen Institutes bilden sollte. Letztlich scheiterte aber dieses Vorhaben, weil die ins Auge gefassten Institutsleiter teilweise nicht gewonnen werden konnten. Hier zeigte sich einmal mehr ein grundsätzliches Problem der Personalgewinnung der Anfangsjahre. Die Lebenswirklichkeit in den neuen Bundesländern wurde teilweise als so unattraktiv eingeschätzt, dass die Besetzung wichtiger Eckprofessuren in vielen Fällen scheiterte. Kritisch zugespitzt könnte man aber auch formulieren, dass in diesen Fällen der Ehrgeiz und der Eifer der zu Berufenden, die Herausforderungen der neuen beruflichen Aufgaben zu erfüllen, die gerade in den ersten Jahren ungewöhnliche Gestaltungsmöglichkeiten beinhalteten, nicht so ausgeprägt waren, dass sie die Schwierigkeiten der täglichen Lebensumstände gedanklich hätten in den Hintergrund treten lassen. Als Folge dieser Schwierigkeiten kam es zur Gründung einer kleineren Institutsvariante in Jena, deren Schwerpunkt in chemisch-biologischen



Fragestellungen liegt, sowie zur Umwandlung der bisherigen zeitlich befristeten Arbeitsgruppe in Halle in eine unbefristete Forschungsstelle zur Enzymologie der Proteinfaltung. Dieses Ergebnis war für das Wissenschaftsressort überaus unbefriedigend, da die nachvollziehbare Erwartung bestanden hatte, die durch universitäre und außeruniversitäre Komponenten deutlich erkennbaren Ansätze im Bereich der biologischen Forschung durch ein Max-Planck-Institut weiter zu stärken.

Die erste Gründungswelle der Max-Planck-Gesellschaft war damit beendet und hatte nur magere Ergebnisse für das Land erbracht. Die zweite und abschließende Gründungsphase ab 1995 verlief deutlich erfolgreicher und führte im Zuge der Verhandlungen zur Einwerbung der Institute zu weiteren Profilschärfungen an den Universitäten des Landes. Für die Ansiedlung des Max-Planck-Institutes „Dynamik komplexer technischer Systeme“, für das von der Max-Planck-Gesellschaft ein Standort in Sachsen-Anhalt vorgesehen war, war durch die Landesregierung in Abwägung aller Argumente eine Prioritätsentscheidung für Halle oder Magdeburg zu fällen. Diese verantwortungsvoll zu treffen, war nicht einfach, da es sich einerseits um ein ingenieurwissenschaftliches Institut – das erste ingenieurwissenschaftliche Max-Planck-Institut in Deutschland überhaupt – handelte, was vom fachlichen Profil aufgrund des technischen Schwerpunktes der Otto-von-Guericke-Universität eher für den Standort Magdeburg sprach, andererseits brauchte das neue Institut einen starken universitären Kooperationspartner im Bereich der Naturwissenschaften und hier speziell der Biologie, was ein Argument für die Martin-Luther-Universität und den Standort Halle war. Von vornherein ohne Chance war eine Ansiedlung in Merseburg, obwohl dort die ingenieurwissenschaftlichen Fachbereiche Verfahrenstechnik und Werkstoffwissenschaften der Martin-Luther-Universität vorhanden waren. Auffällig war der verhaltene Enthusiasmus, mit dem das damalige Rektorat der Martin-Luther-Universität die Bewerbung des Landes zum Standort Halle begleitet und mitgetragen hat. Dies hing damit zusammen, dass auch 1995 die Ingenieurwissenschaften noch nicht als zum Kernbestand der Universität gehörig betrachtet wurden und das eigentliche Interesse der Universität dem biologisch ausgerichteten Max-Planck-Institut gegolten hatte. Zum anderen erwartete die Max-Planck-Gesellschaft eine klare Aussage des Landes, wann im Falle einer Ansiedlungsentscheidung bezüglich des Institutes in Halle die Umsetzung der universitären Fachbereiche Verfahrenstechnik und Werkstoffwissenschaften von Merseburg nach Halle erfolgen könne, was als Voraussetzung für eine tragfähige und funktionierende Kooperation angesehen wurde. Bei einer Umsetzung musste von investiven Kosten (Bau und Erstausrüstung) in einer Größenordnung von bis zu 200 Mio. DM ausgegangen werden. 1995 und 1996 befand sich das Wissenschaftsressort aber gerade in der Anfangsphase zur Klärung der sogenannten Anschubfinanzierung für die beiden Medizinischen Fakultäten des Landes in einer finanziellen Größenordnung von insgesamt rund 800 Mio. DM. Hier war eine Lösung, die später unter schwierigsten Bedingungen mit dem Bund und dem Wissenschaftsrat auf der Basis von Leasingvarianten und neuer baulicher Konzeptionen für die Klinika gefunden werden konnte, noch nicht erkennbar und in ihren Auswirkungen auf die Rahmenplangestaltung im Hochschulbau nicht absehbar und berechenbar. Vor dem Hintergrund dieser ungeklärten Situation war eine belastbare Aussage des Landes über den Zeitpunkt der Verlagerung der Ingenieurwissenschaften, die gegenüber der Max-Planck-Gesellschaft Verbindlichkeitscharakter hätte haben müssen und ein Essential der Ansiedlungsentscheidung des Institutes war, nicht möglich. Das Wissenschaftsressort entschied sich daher nach reiflicher Prüfung und Abwägung der Argumente für eine Prioritätsaussage zugunsten Magdeburgs, wozu ohnehin die Max-Planck-Gesellschaft und die von ihr gebildete Kommission nicht zuletzt auch unter dem Eindruck der Besuche in Magdeburg und Halle tendierte.

Im Zuge der Entscheidungsfindung hatte sich die Universität Magdeburg bereit erklärt, die Verfahrenstechnik, die im Ergebnis von Organisationsänderungen nach der Wende in die Fakultät für Maschinenbau integriert worden war, durch universitätsinterne Verlagerung von Stellen wieder als eigenständige Fakultät (für System- und Verfahrenstechnik) aufzuwerten und hierfür insgesamt 16 C-Stellen vorzusehen. Dies bedingte eine schlanke und verdichtete Strukturierung der neuen Fakultät, die mit dem vorgesehenen Gründungsdirektor des Max-Planck-Institutes abgestimmt wurde. Die baulichen Maßnahmen für die neue Fakultät werden voraussichtlich ab 2003 mit Bau- und Erstausrüstungskosten von mindestens 29 Mio. DM realisiert.

Unabhängig von dieser Entwicklung und ausgehend von den neurowissenschaftlichen Schwerpunkten des Leibniz-Institutes für Neurobiologie (IfN) und der Universität Magdeburg hatte der Wissenschaftsrat 1997 anlässlich seiner zweiten Stellungnahme zu den Medizinischen Fakultäten in Sachsen-Anhalt die

Einrichtung eines Hauptstudienganges für eine neurologisch ausgerichtete Biologie in Magdeburg empfohlen. Im Rahmen dieser Neustrukturierung, die im Übrigen eine sehr enge Kooperation mit der Universität Halle zur Voraussetzung hatte, wurde auch ein Lehrstuhl für Regulationsbiologie in Magdeburg eingerichtet, der eine direkte Schnittstelle mit dem Max-Planck-Institut bildet. Die mit der Ansiedlung des Max-Planck-Institutes zusammenhängenden strukturellen Veränderungen an beiden Universitäten wurden am 30.03.1998 in einem Abkommen fixiert, welches die Landesregierung mit beiden Rektoraten verhandelte und abschloss. Die Hauptpunkte waren die Einrichtung der Fakultät für System- und Verfahrenstechnik an der Universität Magdeburg und die Weiterentwicklung der Verfahrenstechnik der Martin-Luther-Universität hin zu einer Bioverfahrenstechnik mit starker Verzahnung mit den Naturwissenschaften und dem biowissenschaftlichen Schwerpunkt der Universität. Gleichzeitig wurden Rahmenbedingungen der Kooperation zwischen dem zukünftigen Max-Planck-Institut und den Universitäten Halle und Magdeburg fixiert.

Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, den Schwerpunkt der Ingenieurwissenschaften in Sachsen-Anhalt insgesamt zu stärken und sachgerechte Profilierungen und Weiterentwicklungen an den Standorten Halle und Magdeburg zu ermöglichen, die klare Unterscheidungsmerkmale beinhalten. Aufgabe der kommenden Jahre muss es sein, ausgehend von den differenzierten Aufgabenprofilen des jeweiligen Standortes, die sich von der Grundlagenforschung bis zur anwendungsorientierten Umsetzung erstrecken, die Probleme der wirtschaftlichen Neuorientierung der jeweiligen Region noch stärker als schon bisher als chancenreiche Herausforderung und zentrale zu lösende Frage zu begreifen. Hierbei ergeben sich speziell für die Ingenieurwissenschaften sowohl im Maschinenbau als auch in der Bioverfahrenstechnik reizvolle neue Aufgabenbereiche, die sich aus der Neukonturierung der Wirtschaft und des Mittelstandes ergeben.

Im Vergleich dazu problemloser gestaltete sich die Ansiedlung des Max-Planck-Institutes für Ethnologie, das gleichsam als „Zwilling“ neben dem in Leipzig in Gründung befindlichen Max-Planck-Institut für Anthropologie vorgesehen war. Dieses mit zunächst zwei Abteilungen geplante Institut sollte in Abstimmung mit der externen Gründungskommission in Halle errichtet, aber mit den entsprechenden Ressourcen der Universitäten sowohl in Halle als auch in Leipzig verzahnt werden. Der Standort Halle war unstrittig, strittig war aber der Standort in Halle und die optimale Fixierung der Schnittstellen mit beiden Universitäten. Für die schließlich gefundene Lösung einer innerstädtischen Ansiedlung in der Nähe des ehemaligen Gästehauses der Martin-Luther-Universität, das zukünftig das Orientwissenschaftliche Zentrum der Universität aufnehmen wird, sprachen vorrangig die guten Kooperationsmöglichkeiten mit den Sprachwissenschaftlern, Soziologen und Historikern der Universität und die damit gegebenen Rahmenbedingungen für ein intensives Arbeitsklima. Darüber hinaus hatte sich die Landesregierung bereit erklärt, zur Verstärkung der Lehrstuhlstruktur der Universität Halle zwei zusätzliche Professoren für Ethnologie zur Verfügung zu stellen, deren Denomination in enger Abstimmung mit den Universitäten Halle und Leipzig erfolgte. Auch die personelle Besetzung dieser Stellen wurde durch entsprechende gemeinsame Berufungskommissionen der Universitäten Halle gemeinsam mit Kollegen der Universität Leipzig und des neuen Max-Planck-Institutes durchgeführt. Im Ergebnis wurden durch länderübergreifende Initiativen verbesserte Kooperationsmöglichkeiten durch Nutzung der personellen und materiellen Ressourcen der Universitäten und des Max-Planck-Institutes erreicht.

Nach dem Abschluss der zweiten Gründungsphase von Max-Planck-Instituten in den neuen Bundesländern konnte die Landesregierung mit dem erzielten Endergebnis deutlich zufrieden sein. Drei Institute und eine Forschungsstelle der Max-Planck-Gesellschaft stellen ein sehr solides Fundament für die grundlagenorientierte Forschung des Landes dar, zumal diese außeruniversitären Ressourcen so optimal mit den entsprechenden universitären Schwerpunkten verzahnt werden konnten, dass die Voraussetzungen zur Errichtung entsprechender centers of excellence geschaffen werden konnten.

Ein Problem sui generis stellte die Ansiedlung von Großforschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern dar, da der Bund hier von Anfang an eine äußerst zurückhaltende Linie eingeschlagen hatte, die der restriktiven Art der Etablierung von Bundesressortforschungseinrichtungen in den neuen Ländern vergleichbar war. Hier stellte sich für die neuen Ländereinrichtungen ein grundsätzliches Strukturproblem. Durch den überproportional hohen Anteil von Instituten der Blauen Liste, die im Regelfall hälftig vom jeweiligen Sitzland zu finanzieren sind, und dem geringen Anteil von Großforschungseinrichtungen, die zu 90 % vom Bund finanziert werden, entstand eine Situation, in der die

neuen Länder bei den Bund-Länder-Finanzströmen zu Nettozahlern zu werden drohten. Dies war unabhängig von dem starken fachlichen Interesse der finanzielle Hintergrund für das intensive Bemühen des Landes Sachsen-Anhalt, gegenüber dem Bund inhaltliche Vorschläge für Großforschungsvorhaben zu entwickeln, die sich im nördlichen Sachsen-Anhalt auf Fragen der Gewässerforschung der mitteldeutschen Flüsse und im südlichen Teil des Landes auf die vielfältigen Umweltfragen und Probleme der Sanierung der Chemieregionen bezogen. Dass es sich in beiden Fällen auch um zentrale staatliche Vorsorgeaufgaben handelte, war unumstritten. Nach dem Fall des Eisernen Vorhanges ergab sich die Chance, in einem die europäischen Dimensionen des jeweiligen Problemfeldes erfassenden Forschungsansatz grundsätzliche zukunftsfähige Lösungsstrategien zu entwerfen, die Aussicht auf nachhaltig wirkende Erfolge boten. Insofern stand der Gesichtspunkt der Internationalität ebenso im Zentrum der Strukturüberlegungen für eine zukünftige Großforschungseinrichtung wie Fragen der interdisziplinären Verknüpfung sowohl zwischen den geplanten Sektionen der Einrichtung als auch mit den Universitäten der jeweiligen Region.

In diesem Zusammenhang war bezüglich der in Magdeburg lokalisierten Gewässerforschung absehbar, dass die die tidenunabhängigen Elbeabschnitte mit Schwerpunkt bearbeitenden Forschungsgruppen konzeptionell auch den Oberlauf der Elbe und damit Teile der damaligen Tschechoslowakei mit behandeln müssten. Mit Blick auf die schwierige Gesamtsituation der Chemieregion wurde diskutiert, nachhaltige Lösungsstrategien zur Beseitigung von Boden-, Gewässer- und Luftkontaminationen ins Zentrum der Forschungstätigkeit zu stellen, hierbei aber auf einen eigenen Schwerpunkt Sanierungstechnologien zu verzichten. Dieser hätte die Gefahr mit sich gebracht, in kurzatmigen Handlungsaktivismus zu geraten und die Lösung tagesaktueller Fragen über Gebühr in das Zentrum zu rücken. Schwierig gestaltete sich die Ansiedlung des auf den Raum Halle entfallenden Teils der drei Sektionen Biozönoseforschung, Bodenforschung und Hydrogeologie, da geeignete Unterbringungsmöglichkeiten erst noch ausfindig gemacht werden mussten. Der Standort Merseburg, wo gute Liegenschaftsmöglichkeiten bestanden, schied aus, da ihn die Vertreter des Bundes und die Mehrheit der Gründungskommission nicht akzeptierten. Aus Kapazitätsgründen nicht in Frage kamen die naturwissenschaftlichen Gebäudeteile der Pädagogischen Hochschule Halle, da hier Möglichkeiten zur weiteren Diversifizierung der Großforschungseinrichtung gefehlt hätten.

Schließlich bot das Land 1992 einen Standort im Rahmen der sogenannten Heidegarnison in Halle an, die in ihrem vorderen Teil als Erweiterungsfläche für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Halle sowie als Ansiedlungsfläche für außeruniversitäre Forschungsinstitute geplant war. Somit waren die Möglichkeiten für eine auch örtliche Verzahnung der Sektionen des Umweltforschungszentrums mit den entsprechenden Instituten und Arbeitseinheiten der Universität vorhanden. Allerdings schlugen der Bund und die Gründungskommission das Angebot des Landes aus, zur Unterbringung Teile der zu sanierenden Kasernengebäude der Heidegarnison zu nutzen, sondern entschieden sich für einen Neubau in unmittelbarer Nähe vom ehemaligen Kasino der Garnison. Angesichts der Menge der zur Verfügung stehenden Gebäudeflächen war dies ein schwer nachzuvollziehender Beschluss, den das Land allerdings nicht korrigieren konnte und der mehr dem damals unkomfortabel aussehenden äußeren Anschein dieser zu sanierenden Gebäudeteile denn belastbaren Sachgesichtspunkten geschuldet war.

Bis zur Fertigstellung des Neubaus in Halle wurde für die Übergangszeit eine Unterbringung der drei für Sachsen-Anhalt vorgesehenen Sektionen Biozönoseforschung, Bodenforschung und Hydrogeologie am Standort Bad Lauchstädt geplant, der bis Ende 1991 Sitz des Forschungszentrums für Bodenfruchtbarkeit Müncheberg-Bereich Bad Lauchstädt der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften gewesen war und an dem fünf wertvolle landwirtschaftliche Feldversuche als Dauerversuche lokalisiert sind. Der "Statische Dauerdüngungsversuch Bad Lauchstädt" wurde als ältester Feldversuch in 1902 angelegt. An diesem Standort waren gleichzeitig gute Kooperationsmöglichkeiten mit den entsprechenden Instituten der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Halle gegeben. Unter diesen Rahmenbedingungen kam es am 12.12.1991 zur Gründung des Umweltforschungszentrums Leipzig-Halle als gemeinsamer Forschungseinrichtung des Bundes, des Freistaates Sachsen und des Landes Sachsen-Anhalt. Die Rechtsform der Großforschungseinrichtung war die einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, wobei die Gesellschafteranteile im Verhältnis 90:5:5 vom Bund und den beiden beteiligten Ländern gehalten wurden. Sitz der GmbH und damit der Geschäftsleitung war Leipzig, wo

in der Permoserstraße ein ausgedehntes Gelände ehemaliger Institute der Akademie der Wissenschaften zur Verfügung stand.

Der die Gewässerforschung beinhaltende Teil der heutigen Großforschungseinrichtung UFZ, der in Magdeburg lokalisiert ist, war aufgrund einer früheren Empfehlung des Wissenschaftsrates,<sup>12</sup> zunächst Teil einer anderen Großforschungseinrichtung, der GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH mit Sitz in Geesthacht bei Hamburg, die schwerpunktmäßig die mit den tidenabhängigen Gewässerabschnitten zusammenhängenden Forschungsfragen bearbeitet. Die GKSS leistete ab 1991 auf vielfältige Weise eine sehr wichtige Hilfe und Anschubunterstützung, die auch psychologischer Natur für die neuen Mitarbeiter war. Organisatorisch zum UFZ kam die Gewässerforschung in Magdeburg erst 1994 aufgrund einer weiteren Empfehlung des Wissenschaftsrates,<sup>13</sup> wodurch das Umweltforschungszentrum einen zusätzlichen Schwerpunkt erhielt, der mit den weiteren Sektionen der Großforschungseinrichtung in Halle und Leipzig vernetzt werden musste. Die gemeinsame Berufung des Sektionsleiters erfolgte mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Den vorläufigen Schlusspunkt dieser Entwicklung stellte die Realisierung des Neubauvorhabens für die Gewässerforschung in Magdeburg dar, der in Nachbarschaft zum Kerncampus der Universität errichtet wurde, nachdem die ursprünglichen Planungen für einen gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut zu errichtenden Gebäudekomplex aufgegeben werden mussten.

Nach erfolgreich durchgeführten Gründungsaktivitäten, die schwerpunktmäßig nach Art von Wellenbewegungen erfolgten und jetzt auslaufen, sowie nach einer zweifach vorgenommenen Evaluation der Institute der Blauen Liste des Landes, die im Jahr 2000 abgeschlossen werden konnte und zu für das Land hervorragenden Ergebnissen führte, bildet die außeruniversitäre Forschung nach Umfang und Qualität einen wesentlichen Faktor der Wissenschaftslandschaft in Sachsen-Anhalt. Das Ergebnis der Ansiedlungsbemühungen des Landes kann sich in jeder Hinsicht sehen lassen:

1. Mit insgesamt 4 Sektionen in Halle und Magdeburg ( Biozönoseforschung, Bodenforschung, Hydrogeologie und Gewässerforschung) konnten wichtige Teile der Großforschungseinrichtung Umweltforschungszentrum (UFZ) für das Land akquiriert werden. Natürlich besteht hierbei das grundsätzliche Strukturproblem, dass in Ostdeutschland generell zu wenig Großforschung eingerichtet wurde, so dass sich weitere Akquisitionsbemühungen des Landes schwierig gestalten. Möglicherweise lässt sich jetzt ein weiterer Ansatz über ein Neurowissenschaftliches Zentrum in Magdeburg, das als Außenstelle des Kernforschungszentrums Jülich geplant ist, realisieren. Hier steht das Land derzeit in Verhandlungen mit dem BMBF.
2. Mit den drei Max-Planck-Instituten für Mikrostrukturphysik und Ethnologie in Halle sowie für Dynamik komplexer technischer Systeme in Magdeburg sowie der Forschungsstelle Enzymologie der Proteinfaltung in Halle hat Sachsen-Anhalt einen von der Max-Planck-Gesellschaft getragenen Anteil der Grundlagenforschung erreicht, der der Bedeutung des Landes und der von ihm anerkannten Wertigkeit von Wissenschaft und Forschung entspricht und sie bestätigt.
3. Mit seinen zwei Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft, dem Institut für Fabrikplanung und -automatisierung in Magdeburg und der Außenstelle des Freiburger Institutes für Werkstoffmechanik am Standort Halle hat das Land zukunftsfähige anwendungsorientiert arbeitende Forschungsbereiche, die die strukturelle Fortschreibung der wirtschaftlichen Weiterentwicklung des Landes wesentlich mitbestimmen, in ihrer Akquisitionstätigkeit außergewöhnlich erfolgreich sind und vielfältige Diversifikationsmöglichkeiten der Geschäftsfelder zulassen. Das Magdeburger Institut hat sich in kurzer Zeit zu einem der erfolgreichsten der neuen Bundesländer entwickelt und die Hallenser Außenstelle bietet auch durch die inzwischen erreichte Verzahnung mit der wieder aufgebauten und sich verstärkenden chemischen Industrie die besten Voraussetzungen, jetzt den Übergang in eine selbständige Institutslösung vorzubereiten. Im Einzelnen ist geplant, das Magdeburger Institut durch ein Demonstrationszentrum in Institutsnähe zu ergänzen, das wesentliche Dienstleistungs-

---

<sup>12</sup> Vgl. Wissenschaftsrat, Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR auf dem Gebiet der Geo- und Kosmoswissenschaften, Köln 1992, Seite 92.

<sup>13</sup> Vgl. Wissenschaftsrat, Stellungnahme zur Umweltforschung in Deutschland, Köln 1994.

aufgaben im anwendungsorientierten Bereich für die regional und überregional operierende Wirtschaft übernehmen soll. In Halle wird die bevorstehende Emeritierung des jetzigen verdienstvollen Institutsleiters, dessen Dienstsitz Freiburg ist, insofern zu Veränderungen führen, als der neue Institutsleiter gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg berufen wird und seinen Dienstsitz in Halle erhält. Dies wird mit einer Ausweitung der Geschäftsfelder einhergehen, die noch stärker auf die neuen Industriezentren in der Chemieregion bezogen werden. In diesem Zusammenhang wird ein Neubau des zukünftig selbständigen Fraunhofer-Institutes in der Heide-Garnison in unmittelbarer Nähe des jetzigen Institutsteiles realisiert.

4. Mit insgesamt fünf Instituten der Blauen-Liste-Einrichtungen (Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa; Institut für Wirtschaftsforschung; Leibniz-Institut für Neurobiologie - Zentrum für Lern- und Gedächtnisforschung -; Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie; Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung), deren Schwerpunkte im Bereich der Bio- und Lebenswissenschaften sowie der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften liegen, verfügt das Land über eine vorzügliche forschungstechnologische Basis, die eine Brücke darstellt von der grundlagenbezogenen bis hin zur anwendungsorientierten Forschung. Hierbei werden in besonderer Weise die Verzahnungsmöglichkeiten mit den Landesuniversitäten genutzt, um für das Land insgesamt wesentliche Forschungsschwerpunkte festzulegen und durch das Erreichen einer kritischen Masse die Voraussetzungen zu schaffen, von Wissenschaft und Forschung ausgehende Entwicklungen in am Markt umsetzbare Produkte zu entwickeln.
5. Die verdienstvolle Arbeit der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, der 1652 in Schweinfurt gegründeten naturwissenschaftlich-medizinischen Gelehrtenvereinigung "Academia naturae curiosorum", konnte nach einer Übergangsphase, in der 1991 allein der Bund und 1992 bis 1997 gemäß zunächst befristeter Vereinbarung der Bund zu 80 % und das Sitzland zu 20 % die Grundfinanzierung bereitstellten, basierend auf einer positiven Empfehlung des Wissenschaftsrates im Jahre 1998 durch die nunmehr unbefristete Weiterförderung gemäß Rahmenvereinbarung Forschungsförderung auf eine langfristige Grundlage gestellt werden. Damit Hand in Hand ging eine inhaltliche Neuorientierung und Erweiterung der Aktivitäten der Leopoldina, die zur Gründung weiterer Sektionen und zu einer Verstärkung der Kooperation mit der universitären und der außeruniversitären Forschung führen sollen. Für eine gedeihliche Weiterentwicklung der Leopoldina, die in jüngerer Zeit ihre Kooperationsbeziehungen zur Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften verstärkt hat, sind damit sehr günstige Voraussetzungen gegeben.
6. Zur außeruniversitären Forschung gehören auch die Langzeitvorhaben des Akademieprogramms, die vom Bund und jeweiligen Arbeitstellen-Sitzland finanziert werden. In Sachsen-Anhalt betrifft das Arbeitsstellen der folgenden Wörterbuch- und Editionsprojekte sowie naturwissenschaftlichen Langzeitbeobachtungen:

- Wörterbuch der russischen Sprache der Gegenwart
- Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA)
- Leopoldina-Edition von Goethes Schriften zur Naturwissenschaft
- Christian Gottfried Nees von Esenbeck Briefedition
- Historisch-kritische und kommentierte Edition von J.J. Winckelmanns Werken und Teilen des handschriftlichen Nachlasses
- Deutsche Inschriften des Mittelalters
- Telemann-Auswahlausgabe

- Hallische Händel-Ausgabe
- Zeitstrukturen endokriner Systeme

Ein schöner Erfolg war hierbei, dass es 1996 gelang, die Edition der Schriften Johann Joachim Winckelmanns im Rahmen des Akademieprogramms Berücksichtigung finden zu lassen, was nur durch konzertiertes Vorgehen des Landes mit der Winckelmann-Gesellschaft und der Mainzer Akademie, die Antragsteller des Vorhabens war, ermöglicht wurde.

#### IV. Universitäten

Der Neuaufbau der Universitäten des Landes wurde in einem gestuften Verfahren durchgeführt. Nach den entsprechenden Abwicklungsbeschlüssen der Landesregierung vom Dezember 1990 bezüglich ideologisch besonders belasteter Bereiche und Sektionen erfolgte schon in der zweiten Jahreshälfte 1991 der zügige personelle Neuaufbau durch entsprechende Berufungen in den neuen Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten in Halle und Magdeburg und in der Juristischen Fakultät sowie in Teilen der Philosophischen Fakultät in Halle. An beiden Standorten gelangen auch durch das engagierte Wirken hochmotivierter Gründungsdekane sehr gute Berufungen, die im Kern die Gewinnung motivierter und leistungsfähiger Nachwuchswissenschaftler beinhalteten, die sich zutrauten, das Profil der neuen Fakultäten und den Stil des akademischen Lebens der Universität mit zu prägen. Es zeigte sich sehr rasch, dass in den neuen Fakultäten die Chancen eines völligen Neuaufbaus optimal genutzt werden konnten. Im Einzelnen war in Abstimmung mit dem Wissenschaftsrat und der inzwischen (seit Frühjahr 1991) eingesetzten Landeshochschulstrukturkommission vorgesehen, eine Juristische Fakultät in Halle und jeweils eine Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät in Halle und Magdeburg aufzubauen, wobei die für Magdeburg zunächst vorgesehene Beschränkung, auf Volkswirtschaftslehre zu verzichten, sich als nicht zweckmäßig erwies und aufgegeben wurde. Die Berufungen in der Philosophischen Fakultät in Halle bezogen sich auf einige grundlegende Fachgebiete der Didaktik und Methodik in der Pädagogik.

Der Neuaufbau in den übrigen Fachbereichen und Fakultäten der Universitäten des Landes gestaltete sich naturgemäß langwieriger, da zunächst die Arbeit der sogenannten Personalkommissionen geleistet werden musste, die jeweilig fakultätsbezogen die Frage der persönlichen Integrität aller Mitarbeiter untersuchten. Erst danach konnte die Arbeit der sogenannten außerordentlichen Berufungskommissionen beginnen, die nach dem 1991 in Kraft getretenen Hochschulerneuerungsgesetz des Landes bis zu maximal einem Drittel der Professorenstellen der neuen Fakultäten aus dem bisher vorhandenen Personal im verkürzten Verfahren dem Ministerium zur Berufung zu Professoren neuen Rechtes vorgeschlagen konnten.<sup>14</sup> Dieser schwierige Prozess der außerordentlichen Berufungen war im Wesentlichen während der zweiten Jahreshälfte 1992 zum Abschluss gebracht, so dass sich danach die normalen Ausschreibungs- und Berufungsverfahren anschlossen, bei denen die Hausbewerber mit externen Kandidaten bezüglich der Professorenstellen konkurrierten. Aus dieser Grundkonstellation heraus konnte sich in bestimmten Fakultäten ein überproportional hoher Anteil an habilitierten Wissenschaftlern (Professoren und Dozenten alten Rechts) ergeben, soweit diese sich bei den Berufungsverfahren gegenüber externen Bewerbern nicht durchsetzen konnten.

Hinzu kam ein hoher Anteil weiterer Wissenschaftler im Bereich des Mittelbaues mit unbefristeten Arbeitsverträgen, so dass kaum Raum für wissenschaftliche Qualifikationsstellen für Nachwuchswissenschaftler zur Verfügung war. Es hätte hier spätestens 1993 eines breiten parteiübergreifenden Konsenses bedurft, um die Frage des Überhanges im Mittelbaubereich der Universitäten durch einen harten Schnitt zu lösen. Dazu fehlte aber die politische Kraft, was im Ergebnis dazu führte, dass ein organisches Nachwachsen auf akademischen Qualifikationsstellen für unsere Nachwuchswissenschaftler bis heute nur eingeschränkt möglich ist.

<sup>14</sup> Vgl. dazu die §§ 64 bis 68 HEG LSA.

Die wesentlichen Strukturentscheidungen der Landesregierung zu den Universitäten in Sachsen-Anhalt wurden in den Jahren 1992 und 1993 in Übereinstimmung mit dem Wissenschaftsrat<sup>15</sup> und der Landeshochschulstrukturkommission<sup>16</sup> getroffen. Hierbei wurde von folgenden Eckpunkten ausgegangen, die jeweils auch regionalpolitische Begründungen beinhalteten:

1. Das Land erhält zwei Medizinische Fakultäten und entscheidet sich somit, medizinische Kapazitäten in Forschung, Lehre und Weiterbildung in einem Umfang bereitzustellen, der über dem Bedarf des Landes liegt.
2. Die bisher selbständigen Pädagogischen Hochschulen in Magdeburg und Halle werden in die jeweilige Universität integriert mit der Maßgabe, dass die Berufsschullehrerausbildung am Standort Magdeburg und die Primarschul- und Sonderschullehrerausbildung am Standort Halle konzentriert werden.
3. Am Standort Halle wird eine volle Landwirtschaftliche Fakultät durch Übernahme des Bereiches Tierproduktion von der Universität Leipzig geschaffen. Im Zuge der Übernahme kommen Teilbereiche der alten Akademiestandorte in Merbitz (Kleintierproduktion) und Bad Lauchstädt (Bodenkunde) zur Landwirtschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität.
4. Die ingenieurwissenschaftlichen Fachbereiche Verfahrenstechnik und Werkstoffwissenschaften der bisherigen Technischen Hochschule Leuna-Merseburg werden vorerst am Standort Merseburg in die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg integriert. Die naturwissenschaftlichen Fachbereiche der TH Leuna-Merseburg fusionieren mit den entsprechenden Fachbereichen der Universität Halle. Somit gibt es neben Magdeburg einen zweiten universitären Standort für Verfahrenstechnik in Sachsen-Anhalt.
5. Auf den Aufbau von Fakultäten für Bauingenieurwesen und Architektur im Bereich der Universitäten wird verzichtet. An der Kunsthochschule in Halle wird allerdings ein künstlerisch ausgerichteter Aufbaustudiengang Innenarchitektur eingerichtet. Später (ab 1998) traten am Bauhaus in Dessau im Rahmen des neu etablierten Bauhauskollegs Masterstudiengänge in Form von viersemestrigen Aufbaustudiengängen für diplomierte Architekten, Bauingenieure, Designer etc. hinzu, die international ausgerichtet sind und von Gastprofessoren in Kleingruppen durchgeführt werden.

Für die Standorte Magdeburg und Halle ergab sich basierend auf diesen Eckpunkten folgende Struktur:

In Magdeburg integriert die bisher selbständige Medizinische Akademie in die Universität und wird Medizinische Fakultät mit einem eindeutig neurowissenschaftlich ausgerichteten Forschungsschwerpunkt, der in enger Abstimmung mit dem IfN weiterentwickelt wird.

Hier gelang nach kurzer Zeit durch gute Berufungen und vorausschauende Investitionsentscheidungen der Aufbau eines sehr leistungsstarken, nachhaltig wirksamen center of excellence, das auch die natur- und ingenieurwissenschaftlichen Bereiche der Universität umfasst. Es ist charakterisiert durch Graduiertenkollegs, zwei Sonderforschungsbereiche sowie durch eine hohe Drittmitteleinwerbung. Verstärkt wurde dieser Verbund der universitären und der außeruniversitären Forschung durch einen dritten Bereich, der den Übergang darstellt von der Grundlagenforschung zur Umsetzung in vermarktungsfähige Produkte, das sogenannten Zentrum für Neurowissenschaften, Innovation und Technologie (ZENIT), das mit einer Gesamtsumme von rund 60 Mio. DM (Strukturhilfemittel der EU in Kombination mit Bundes- und Landesmitteln) mitten auf dem Campus der Medizinischen Fakultät an der Leipziger Straße realisiert werden konnte. Dieses center of excellence entwickelt sich zu einem Strukturelement der Universität, durch das weitere interdisziplinär angelegte Aktivitäten entfaltet werden, die sich

<sup>15</sup> Vgl. Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin, Teil I-IV, Köln 1992.

<sup>16</sup> Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission zur Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1992.

beispielsweise auch in neuen Studiengängen (neurologisch ausgerichtete Psychologie; Hauptstudiengang Neurobiologie) äußern.

Zusätzlich gelang ab 1997 die Neustrukturierung der Medizinischen Fakultäten in Magdeburg und Halle (Gesetz zur Weiterentwicklung der medizinischen Fachbereiche in Sachsen-Anhalt), durch die an beiden Standorten Bauinvestitionen von jeweils rund 400 Mio. DM ausgelöst wurden, die zu einem kräftigen Innovationsschub führen. Die Medizinischen Fakultäten der Zukunft in Sachsen-Anhalt sind charakterisiert durch schlanke Strukturen (die Bettenzahl liegt jeweils knapp unter 1100 Betten), einen hohen Grad eigenverantwortlicher Steuerung (Verwaltungsrat als Beschlussgremium des Klinikums) und leistungsbezogene Mittelvergabe. Eine weitere zukunftsgerichtete Wissenschaftspolitik vorausgesetzt, können sie sich durch ihr Organisationsmodell, ihre hohe Flexibilität und ihre Leistungsfähigkeit in Forschung, Lehre und Weiterbildung zu innovatorischen Motoren universitärer Medizin in Deutschland entwickeln. Es gehört zu den beispielhaften Erfolgen der Wissenschaftspolitik des Landes, dass es gelang, den Bund und den Wissenschaftsrat von der Richtigkeit der Konzeption des Landes zu überzeugen und beider Zustimmung auch zu den neuen Lösungen des schwierigen Investitionsproblems zu erhalten, die in Variantenmodellen der Leasingfinanzierung bestehen.

Durch die Integration der bisher selbständigen Pädagogischen Hochschule Magdeburg in die Universität wurde eine neue Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften geschaffen, die durch schlanke Strukturen und die Kombinationsfähigkeit mit den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fachgebieten im Rahmen zusätzlich eingerichteter Magisterstudiengänge charakterisiert ist. Die Fakultät ist der einzige Ausbildungsort für Berufsschullehrer im Land, wobei festgelegt wurde, dass die hierfür vorzuhaltenden Fächer gleichzeitig zur Ausbildung von Sekundarschul- und Gymnasiallehrern zu nutzen sind. Mit anderen Worten ausgedrückt, in Magdeburg wird in der allgemeinen Lehrerausbildung im fachlichen Profil nur in den Fächern ausgebildet, die ohnehin für die Berufsschullehrerausbildung vorgehalten werden müssen. Die Primarschul- und Sonderschullehrerausbildung wurde nach Halle verlagert. Eine besondere Note erhält die Fakultät durch ihren Schwerpunkt Musikpädagogik, der auf die Absichten der Landeshochschulstrukturkommission zurückgeht, auch im nördlichen Teil des Landes die Voraussetzungen für die Etablierung einer bürgerlichen Musikkultur zu schaffen. Inzwischen sind die vom Institut für Musik ausgehenden vielfältigen Aktivitäten ein nicht mehr wegzudenkender Teil der kulturellen Identität der Landeshauptstadt geworden.

Im Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaftlichen Fakultäten erwiesen sich die Verbindungen zu den außeruniversitären Einrichtungen als profilbildendes Element. Die Ansiedlung des Max-Planck-Institutes Dynamik komplexer technischer Systeme führte 1997 zur Bildung einer wieder eigenständigen Fakultät für System- und Verfahrenstechnik aus dem Maschinenbau heraus, in die auch die vier Professuren der Chemie integriert wurden. Auf einen eigenständigen Diplomstudiengang Chemie wurde in Abstimmung mit dem Wissenschaftsrat verzichtet. Durch das Instrument der Doppelmitgliedschaft in Fakultäten wurden in der Chemie und Biologie (Einrichtung des Hauptstudienganges Neurobiologie) Brückenfunktionen zu den Ingenieurwissenschaften errichtet.

Ein weiterer Schwerpunkt der universitären und außeruniversitären Ingenieurwissenschaften existiert in der Fabrikplanung und -automatisierung durch die Kooperation des Magdeburger Fraunhofer-Institutes mit den korrespondierenden Teilen des Maschinenbaus der Universität. Neben den beiden Komponenten der außeruniversitären Forschung (MPG und FhG) und der entsprechenden inneruniversitären Forschung errichtete die Landesregierung mit der sogenannten Experimentellen Fabrik am Gelände des Askanischen Platzes einen dritten Schwerpunkt, mit dem der Übergang von der Grundlagenforschung in die Umsetzung in vermarktungsfähige Produkte sichergestellt wird. Die Finanzierung erfolgte mit Strukturhilfsmitteln der Europäischen Union in Kombination mit Bundes- und Landesmitteln. Mit diesen drei starken Komponenten sind die Voraussetzungen geschaffen, Magdeburg als Standort von internationaler Bedeutung der Ingenieurwissenschaften im Bereich der Grundlagenforschung bis hin zur anwendungsorientierten Forschung wieder entstehen zu lassen. Der 1993 gewählte Name für die neue Universität "Otto von Guericke" unterstreicht diesen Anspruch und versinnbildlicht ihren Charakter, der Fortschrittsglaube und Tradition miteinander verbindet.

Die Martin-Luther-Universität, die größte und älteste Hochschule des Landes, hat aufgrund der Neustrukturierung zusätzliche Standorte in Merbitz und Bad Lauchstädt (Landwirtschaftliche Fakultät) sowie in Merseburg (Werkstoffwissenschaften und Verfahrenstechnik) erhalten. Für die Ingenieurwissenschaften wird indes die Umsetzung nach Halle bis 2005 angestrebt, um eine bessere Verzahnung mit den Naturwissenschaften der Universität und den außeruniversitären Einrichtungen in Halle zu



erreichen. Ob der Standort Merbitz auf Dauer aufrechterhalten werden kann, ist fraglich, da die ursprünglich 1990 mit dem Bund erarbeitete Konzeption von einer langfristigen Kooperation am Standort mit der Ressortforschung des BML im Bereich der Kleintierforschung ausging, die jetzt durch den Rückzug des Bundes gegenstandslos geworden ist. Daneben existiert für die Universität noch der Standort Wittenberg, wo Kurfürst Friedrich der Weise die Universität 1502 gegründet hat. Bis zur Wende war Wittenberg nur ein Name oder Symbol. Nach der Wende erwarb die neue Landesregierung das alte Hauptgebäude der Universität, das sogenannte Fridericianum von der Stadt und errichtete dort eine Universitätsstiftung, die Leucorea. In ihr finden Sommerkurse und in inzwischen drei Sektionen sehr vielfältige Zusatzaktivitäten der Universität statt, die außerhalb des Präsenzstudiums organisiert werden. So gelang bereits 1994 die Wiederbelebung dieses alten traditionellen Hochschulstandortes, der durch die Aura der wiederhergerichteten historischen Gebäude eine besondere Ausstrahlung hat.

In Halle selbst wurde eine dreigeteilte Strukturierung des Standortes vorgenommen. Der eigentliche Innenstadtbereich sollte den Geisteswissenschaften sowie der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vorbehalten bleiben. Neu hinzu traten als Innenstadtstandort nach der Wiedererrichtung die Franckeschen Stiftungen, die einen eigenständigen, von der Universität unabhängigen Rechtskörper darstellen, aber mit der Universität eng kooperieren und unter anderem Teile der Erziehungswissenschaften sowie die Theologische Fakultät in ihre Mauern aufgenommen haben. Die Franckeschen Stiftungen wurden hierbei auch aufnehmende Einheit der Primarschullehrerbildung, die von Magdeburg und Köthen nach Halle verlagert wurde.

Im Innenstadtbereich liegt weiterhin mit dem Universitätsplatz das Herzstück der Universität, an dem sich das Rektorat, das sogenannte Löwen-Gebäude und weitere historische Bauten befinden, die zentral mit der Geschichte der Universität in Verbindung stehen. In enger Abstimmung mit der Stadt und ihrem engagierten Oberbürgermeister gelang im Rahmen eines städtebaulichen Ideenwettbewerbs die organische bauliche Weiterentwicklung des Universitätsplatzes für den Neubau der Juristischen Fakultät und des Auditorium Maximum. Beide Bauten wurden als sogenannte Pilotbauvorhaben in ausschließlicher Verantwortung des Wissenschaftsressorts unter Einhaltung des Kosten- und Zeitrahmens vorbildlich realisiert.

Für die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät erfolgte eine zweckdienliche Sanierung der historischen Gebäudeteile in der Großen Steinstraße. Aufgabe der Zukunft wird es sein, im Innenstadtbereich eine weitere verdichtete Nutzung durch Aufgabe randständiger Gebäudekomplexe zu erreichen und hierbei auch die Kapazitätsprobleme der Universitätsbibliothek zu lösen. Mögliche Denkansätze hierfür können die für den Bereich der Musik in Halle bereits gefundenen Lösungen sein, die in ihren drei Komponenten (Stadt; Universität; Kirchenmusik) im sogenannten Händelhauskarree durch bauliche Nachbarschaft und gemeinsame Nutzung der Infrastruktur verbunden wurden, was die Aufgabe von Außenstandorten ermöglichte.

Der Weinberg ist der klassische Standort der Naturwissenschaften, für die zusätzlich nach 1990 der vordere Teil der sogenannten Heidegarnison durch das Land angekauft wurde, die bis zum Abzug der Roten Armee einer militärischen Nutzung unterstand. Der Standort Heidegarnison ist u.a. Erweiterungsfläche für einen Teil der Naturwissenschaften, die bisher im Innenstadtbereich untergebracht waren, für neue außeruniversitäre Institute sowie die Ingenieurwissenschaften der Universität, die von Merseburg nach Halle verlagert werden sollen. Auf dem Gesamtareal Weinberg/Heidegarnison vollzog sich beginnend ab 1992 eine rege Bautätigkeit, die sich zunächst auf die Schaffung von Technologietransfereinrichtungen (TGZ Halle) und die Bautätigkeit der außeruniversitären Institute der MPG, BLE, FhG und GFE bezog, der die Bautätigkeit der Universität erst ab 1995 folgen konnte (Sanierung der Chemie und Pharmazie; Neustrukturierung des Biotechnikums; Neubau der Biologie; Sanierung erster Gebäude der Heidegarnison für die Fachbereiche Mathematik und Geologie). Es ist dies eines der wesentlichen Strukturprobleme nicht nur in Sachsen-Anhalt, dass teilweise bedingt durch die langwierigen Umstrukturierungsprobleme der Universitäten der spürbare Prozess des Neuaufbaus zeitversetzt erst zwei bis drei Jahre später als im außeruniversitären Bereich erfolgte. Hinzu traten eklatante Defizite in der Staatshochbauverwaltung und bis 1995 eine drastische Unterfinanzierung im Hochschulbaubereich. Mittelfristige Priorität muss daher die Erreichung von Planungssicherheit für die Hochschulen haben, um ein weiteres Sich-Auseinander-Entwickeln der Hochschulen im Verhältnis zu den außeruniversitären Instituten zu verhindern.

Der Forschungsschwerpunkt am Areal Weinberg/Heidegarnison liegt eindeutig im Bereich der Biowissenschaften in der Kooperation der Universität mit den außeruniversitären Instituten. Zur Verstärkung dieser Forschungsrichtung hat das Wissenschaftsressort, beginnend im Dezember 1993, die Planung für ein Biozentrum eröffnet, das Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung miteinander verbinden sollte. Dieser mit rund 60 Mio. DM inmitten des Universitätsareals realisierte Bau war das erste Vorhaben, welches das Wissenschaftsressort mittels Strukturhilfemittel der Europäischen Union in Kombination mit Bundes- und Landesmitteln realisierte. Es war ein schwieriges Pilotvorhaben, das sich als sehr erfolgreich erwies und ohne die verlässlichen Partner der Stadt Halle nicht hätte geplant werden können. Ihm sollten weitere Vorhaben folgen, die sich ebenfalls auf interdisziplinär ausgerichtete anwendungsrelevante Bereiche beziehen, zum einen das Zentrum für anwendungsorientierte medizinische Technik, in dem Mediziner mit Ingenieuren und Naturwissenschaftlern neue Materialien für medizinische Zwecke erproben; zum anderen ein Zentrum für Nanostrukturen, das gegenwärtig vom Fachbereich Physik in Abstimmung mit dem MPI für Mikrostrukturphysik und den ingenieurwissenschaftlichen Fachbereichen in Merseburg vorbereitet wird. Das Gesamtareal Weinberg/Heidegarnison erweist sich damit als hochverdichteter Forschungsbereich, der durch seinen Campus-Charakter besticht und durch Synergie zwischen der Universität und den außeruniversitären Instituten charakterisiert ist. Diese Synergie bezieht sich auch auf die nach 1991 vorgenommenen völligen Neugründungen im Bereich der außeruniversitären Forschung, dem IAMO und dem UFZ, die sehr intensiv mit den entsprechenden Instituten der Landwirtschaftlichen Fakultät, der Biologie und der Wirtschaftswissenschaften kooperieren. Ein Schlusspunkt dieser Entwicklung wäre die bis 2005 zu erreichende Umsetzung der Ingenieurwissenschaften von Merseburg und Halle, die der Verbesserung der Kooperation mit dem MPI und den Naturwissenschaften der Universität sowie der Verstärkung der Biowissenschaften durch Weiterentwicklung der Verfahrenstechnik hin zur Bioverfahrenstechnik dient. Der dritte Bereich ist der in Kröllwitz beheimatete Teil der Medizinischen Fakultät, deren weitere Teile in der Innenstadt untergebracht sind. Durch die seit 1997 in der Umsetzung befindliche Neustrukturierung, die wie in Magdeburg mit Investitionen von rund 400 Mio. DM verbunden ist, wird das eigentliche Universitätsklinikum in Kröllwitz neu errichtet. Nur die klinisch-theoretischen Fächer und die Zahnmedizin werden auf Dauer im Innenstadtbereich verbleiben (Magdeburger Straße und Große Steinstraße). Ein in diesem Zusammenhang noch zu klärender Punkt ist der endgültige Standort der Orthopädie. Das Modell der Ausgliederung durch Trägerwechsel konnte in Halle bezüglich der Unfallchirurgie frühzeitiger und erfolgreicher vollzogen werden als in Magdeburg, wo die Verhandlungen zur Ausgliederung der Kinder- und Jugendpsychiatrie noch nicht abgeschlossen werden konnten. Eine Defizitsituation besteht in Halle noch bezüglich der Forschungsschwerpunkte (Herz-Kreislauf; Onkologie; Umweltmedizin), die einer weiteren Konturierung und Konzentration bedürfen. Es ist zu erwarten, dass der zusätzliche Schwung, der im Zuge der Realisierung der Neubauvorhaben die Fakultät spürbar ergriffen hat, auch zur Etablierung der ersten eigenen Sonderforschungsbereiche der halleischen Medizin genutzt werden kann, um Gleichstand mit der Fakultät in Magdeburg zu erreichen. Will man bezüglich der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg eine Vision wagen, so ist es die Vorstellung, dass sich von Kröllwitz über den Weinberg bis hin zur Heidegarnison ein zusammenwachsender Wissenschaftscampus ergibt, der durch enge Kooperation und Synergie der Medizin, der Natur- und der Ingenieurwissenschaften der Universität mit den affinen außeruniversitären Instituten charakterisiert ist und durch neue Produktentwicklung die wirtschaftliche Weiterentwicklung der Region spürbar prägt. Die Voraussetzungen, diese Vision in den nächsten fünf Jahren Realität werden zu lassen, sind durch die Entscheidungen des Wissenschaftsressorts der letzten zehn Jahre geschaffen. Dass daneben auch die geisteswissenschaftlichen Schwerpunkte der Universität deutlich an Bedeutung gewinnen konnten, gehört zu den positiven Aspekten der Entwicklung der letzten Jahre. Ein in diesem Zusammenhang sehr sichtbarer Erfolg ist die Gründung des Orientwissenschaftlichen Zentrums der Universität (09.11.1999), das eine wichtige Voraussetzung bildet, philologische, historische, juristische und soziologische Ressourcen am Standort zu bündeln. Damit ist die Gewähr gegeben, dass die traditionsreichste Hochschule des Landes den sich wandelnden Aufgaben der Zukunft gerecht wird.

## V. Zusammenfassung

Im zehnten Jahr nach der glückhaften Wiedererlangung der Einheit der Nation lässt sich die berechnete Frage, was ist geworden aus der chancenhaften Möglichkeit und Herausforderung, wichtige Reformimpulse zur Weiterentwicklung der neuen - gesamtdeutschen - Wissenschafts- und Forschungslandschaft aus dem Prozess der Wiedervereinigung heraus seit 1990 zu entwickeln, zeitlich abgesetzter und damit nicht mehr nur vage oder emotional geprägt beantworten.

Wahr ist, eine bewusst herbeigeführte Reflexion zu einer Neuorientierung von Hochschulen und Forschung in Deutschland insgesamt, was eine umfassende und kraftvolle Analyse der wissenschaftspolitischen Realitäten in Ost und West beinhaltet hätte, hat es nach 1990 nicht gegeben. Weder der Wissenschaftsrat noch die Bundesregierung sind hier initiativ hervorgetreten, wobei offen bekannt werden muss, dass die gesamtdeutsche Umsetzung einer kritischen Reflexion in der ersten Phase nach 1990 wahrscheinlich eine Überbeanspruchung der fragilen und durch extremen Zeitdruck der Akteure charakterisierten Gesamtsituation bedeutet hätte. Dies ändert nichts an der Berechtigung kritisch feststellen zu müssen, dass es eine bewusste Hinsteuerung zu gesamtdeutschen Reformansätzen oder eine bewusst herbeigeführte Debatte zu diesem Problem nicht gegeben hat – ja, dass dies auch nicht beabsichtigt war.

Veränderungen, die als eklatant ins Auge fallen und die das gesamtdeutsche Wissenschafts- und Forschungssystem nachhaltig verändert haben und weiter verändern können, ergeben sich nahezu ausschließlich durch Rückwirkungen, die durch kraftvolle Gestaltungsnotwendigkeiten im Osten initiiert wurden.<sup>17</sup>

Neuaufbau, Umbau und rigorose „Abwicklung“ sind hierzu die Stichworte, wobei die Prozesse vielfach anfangs hoffnungslos und scheinbar unlösbar in ihren drei Komponenten miteinander verflochten waren. Die entscheidenden Weichenstellungen hierzu mussten in zentralen Bereichen unter größtem Zeitdruck bereits bis zum Jahresende 1991 vollzogen sein, um die entsprechenden Vorgaben des Einigungsvertrages zu erfüllen. „Abwicklung“, schmerzhaft rigide und in Einzelfällen nicht ohne Ungechtigkeiten vollzogen, ist so ein bis heute negativ konnotierter Terminus geblieben, eine zugleich nachvollziehbare wie einseitige Charakterisierung, da sie verkennet, dass Neuaufbau Trennung von Altem zur Voraussetzung hat.

Die Rückwirkungen, die sich aus dem erfolgreichen Umbau und Neuaufbau der ostdeutschen Wissenschaft und Forschung, den man aus heutiger Sicht als bewundernswürdig und beispielhaft charakterisieren darf, auf das Gesamtsystem ergeben haben, beziehen sich m. E. auf folgende Bereiche:

1. Die bundesweite Bedeutung der Fachhochschulen in Deutschland hat durch die Gründungswelle im Osten stark zugenommen, zumal das Profil der ostdeutschen Neugründungen, die teilweise an Standorten früherer Technischer Hochschulen gelegen sind, eindeutig die Aspekte anwendungsorientierter Forschung und der Wirtschaftsnähe betonen. Ausgehend von den Neugründungen in Ostdeutschland mit Zugangsquoten von gut 40 % der Studienanfänger, wie in Sachsen-Anhalt, entwickeln sich die deutschen Fachhochschulen zunehmend zu Zentren auch regionaler Wirtschaftsförderung und Motoren der Weiterentwicklung der jeweiligen Region.
2. Die ostdeutschen Universitäten und hier in ausgeprägter Weise die Universitäten naturwissenschaftlich-technischer Provenienz haben in das gesamtdeutsche Wissenschaftssystem ihre überaus unkomplizierte und pragmatisch gehaltene Kooperationsfähigkeit mit Industriebetrieben und

<sup>17</sup> In jüngerer Zeit kommen Rückwirkungen hinzu, die sich aus Problemen der internationalen Konkurrenzsituation Deutschlands ergeben und sich auf nationale Defizite im Bereich zukunftsfähiger Forschungs- und Technologieentwicklung sowie Fragen der Ausgestaltung internationaler Studiengänge beziehen. Diese unter dem bedrohlichen Stichwort Verlust internationaler Konkurrenzfähigkeit geführte Debatte ist m.E. letztlich das verspätete Bemerkende der verpassten Chance einer grundlegenden Reformanstrengung im Zuge der Wiedervereinigung

dem Mittelstand eingebracht, die ihre historischen Ursachen in der Verflochtenheit der Hochschulen mit den früheren Kombinationsstrukturen der jeweiligen Region hat. Wechselnde Tätigkeit in Industrie und Universität ist für diesen Hochschultypus charakteristisch.

Erhalten geblieben sind ebenfalls bemerkenswerte Reste der Kooperationsbeziehungen ostdeutscher Universitäten mit osteuropäischen Hochschulen, Forschungsinstituten und Industriebetrieben. Die ostdeutschen Hochschulen und auch ostdeutsche außeruniversitäre Forschungsinstitute weisen hier einen sehr breiten Erfahrungsschatz auf, der gesamtdeutsch noch besser genutzt werden könnte. Der osteuropäische Markt ist einer der Märkte der Zukunft, der allerdings der systematischen Betreuung und Aufbereitung bedarf. Hier sind gesamtstaatliche Steuerungen und Anstrengungen erforderlich, bei denen den Hochschulen und Forschungsinstituten in Ostdeutschland eine zentrale Funktion zukommt. Die Idee ist, hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs aus Osteuropa im Bereich der Ingenieurwissenschaften, der Naturwissenschaften und der Informatik an ostdeutschen Universitäten und Forschungsinstituten zum Diplom oder zur Promotion und Habilitation zu führen, sie unsere Industriebetriebe und mittelständischen Unternehmen kennen lernen zu lassen und mit ihnen als unseren Botschaftern in ihren Heimatländern die Erschließung des osteuropäischen Marktes zu betreiben. Die Idee ist, die Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstitute in Ostdeutschland als Scharnierstelle und Drehscheibe zur qualitativen Verstärkung der Wirtschaftsbeziehungen mit Osteuropa weiterzuentwickeln.<sup>18</sup>

3. Die nachhaltigsten Auswirkungen auf das gesamtstaatliche Wissenschaftssystem haben sich durch die Neuordnung der gesamten außeruniversitären Forschung Ostdeutschlands ergeben, die mit dem Auslaufen der Institute der Akademie der Wissenschaften, der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften und der Bauakademie Ende 1991 eingeleitet wurde und jetzt im Ergebnis vorliegt.

Mit dem Stand des Jahres 2000 sind nahezu alle Institute der jetzigen Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz zum zweiten Mal sehr erfolgreich evaluiert, der Aufbau der Institute der Fraunhofer-Gesellschaft und der Institute und Sektionen der Großforschungseinrichtungen ist nahezu abgeschlossen und der Aufbau der in einer abschließenden Gründungswelle initiierten Institute der Max-Planck-Gesellschaft schreitet zügig voran.

Beim Neuaufbau der Institute der heutigen WGL wurden in den Jahren 1991 bis etwa 1995 Grundsätze entwickelt, die für den Aufbau und die Steuerung von Forschungsschwerpunkten in einem Land von zentraler Bedeutung sind und die den Gesamtbereich der Universitäten und außeruniversitären Forschungsinstitute umfassen. Folgende Punkte lassen sich zusammenfassen:

- Die Hauptlinien und Schwerpunkte der Forschung, die sich in den jeweiligen Abteilungsstrukturen der heutigen WGL-Institute widerspiegeln, entstanden grundsätzlich in enger Abstimmung mit den entsprechenden Schwerpunkten der kooperierenden Universität. Ziel war es, durch sich ergänzende komplementäre Strukturen und Ausnutzung von Synergieeffekten kritische Masse zu bilden, die rasch nationale und internationale Konkurrenzfähigkeit gewinnt. Aufbau der außeruniversitären Forschungsinstitute und Aufbau der Universitäten bedingten sich so gegenseitig, wobei es zwar zufällig aber auch von Vorteil war, dass bei den Berufungsverfahren an den Universitäten, die ab 1992 einsetzten und damit größtenteils zeitlich später als die an den Forschungsinstituten lagen, auf bestehende oder sich herausbildende Forschungsschwerpunkte besonderer Bezug genommen werden konnte. In wenigen Jahren entstanden so teilweise in Anknüpfung an traditionelle Forschungslinien der alten Akademie-Institute hochkompetente neue Forschungszentren, die Einrichtungen der außeruniversitären Forschung und Eckprofessuren der jeweiligen Universitäten umfassten und die aus der gemäß Grundgesetz

<sup>18</sup> Auf weitere Spezifika der Universitäten Ostdeutschland wie die Betreuung der Studenten in kleineren Lerngruppen, die generell günstige Betreuungsrelation und günstigere Werte bei der Einhaltung der Regelstudienzeiten, die in Ostdeutschland - noch - zu verzeichnen sind, soll hier nicht eingegangen werden. Ihr Weiterbestehen wird nicht unwesentlich von der Entwicklung der finanziellen Rahmenbedingungen abhängig sein.

vollzogenen Neuordnung der Strukturen gestärkt hervorgingen. Signifikante Beispiele dieser Entwicklung sind die Neurowissenschaften in Magdeburg sowie die Biowissenschaften in ihren Aspekten Genetik, Biochemie, Bioverfahrenstechnik und Pflanzenforschung in Halle, wobei beide Forschungsschwerpunkte durch eine ausgeprägte Lehrstuhlstruktur fundiert in der jeweiligen Universität verankert sind.

- Durch die gemeinsame Berufung nahezu aller Abteilungs- und Institutsleiter der heutigen WGL-Institute kommt die innere Verbindung zwischen außeruniversitärer Einrichtung und Universität, die zutreffend als gemeinsames center of excellence der Forschung bezeichnet werden kann, in besonderer Weise zum Ausdruck. Die Abteilungs- und Institutsleiter sind als berufene Hochschullehrer gleichzeitig Vollmitglieder ihres jeweiligen Fachbereiches bzw. ihrer Fakultät in allen Fragen der Forschung, Lehre und Weiterbildung. Sie bringen ihre Erfahrungen in die Lehre ein und haben Zugang zum wissenschaftlichen Nachwuchs der jeweiligen Hochschulen bzw. bilden ihn mit heran, ein Gesichtspunkt, der für die Frage der Zukunftsfähigkeit der außeruniversitären Forschung von grundlegender Bedeutung ist. Wenngleich es hier in den ersten Jahren bis 1994 Anlaufschwierigkeiten gegeben hat, die daraus resultierten, dass die jeweiligen Gründungskommissionen der späteren WGL-Institute zu einem Zeitpunkt ihre Personalvorschläge für die Abteilungsleiter- und Institutsleiterpositionen erarbeitet haben, als der personelle Erneuerungsprozess an den Universitäten erst einsetzte und somit die Universitäten anfangs zunächst mit der Lösung ihrer inneren Probleme beschäftigt waren, ist heute seit längerer Zeit das Institut der gemeinsamen Berufung ein auch bei den Universitäten hoch geschätztes Instrument der Verstärkung der Kooperationsbeziehungen geworden, das jedenfalls teilweise von den Universitäten bewusst zur Ausweitung ihrer Angebote in Lehre, Forschung und Weiterbildung und damit zur Steigerung ihrer Attraktivität genutzt wird. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass zunehmend auch Honorarprofessuren für Mitarbeiter an außeruniversitären Forschungsinstituten so ausgestattet sind, dass sie mit der Vollmitgliedschaft am jeweiligen Fachbereich bzw. an der jeweiligen Fakultät der Universität verbunden sind.

Die Grundsätze, die ab 1991 für den Aufbau der heutigen WGL-Institute geschaffen wurden, galten mutatis mutandis in gleicher Weise für den zeitlich danach eingeleiteten Aufbau der Institute der Fraunhofer-Gesellschaft, der Institute und Sektionen der Großforschungseinrichtungen und der Institute der Max-Planck-Gesellschaft. Dieser Prozess der Einrichtung weiterer Institute der außeruniversitären Forschung außerhalb der heutigen WGL-Institute begann in Sachsen-Anhalt ab 1992 - jedenfalls soweit es berufsrelevant war. Die heutigen WGL-Institute hatten also und haben bis heute eine beispielhafte Vorläuferfunktion, an deren erfolgreichem Kurs der Aufbau der anderen Institute der außeruniversitären Forschung sich messen lassen muss. Es lag nahe, die bewährten Grundsätze, die bei der Etablierung der heutigen WGL-Institute erprobt waren, für den Aufbau der außeruniversitären Forschungsinstitute insgesamt zur Anwendung zu bringen, jedenfalls soweit es in der Kompetenz der Landesministerien lag. Die enge Verzahnung und Abstimmung mit den entsprechenden Forschungsschwerpunkten der jeweiligen Universität mit der Zielsetzung, Synergieeffekte zu erreichen, komplementäre Berufungen zu ermöglichen, kritische Masse zu bilden und die Forschungsschwerpunkte interdisziplinär und fundiert in der Universität zu verankern, stellten die Grundsätze dar für den Aufbau der Institute der FhG, MPG und GFE, der ab 1993/94 in die entscheidende Phase trat.

Zu diesem Zeitpunkt war die Konturierung der heutigen WGL-Institute bereits weitgehend abgeschlossen. Bei der Vorbereitung der Investitionsentscheidungen zur räumlichen Allokation der neuen Institute der FhG, MPG und GFE galt analog zum Aufbau der WGL-Institute der Grundsatz enger räumlicher Nähe zur Universität, um die Kooperationsmöglichkeiten zu erleichtern. Ziel war es, in den Zentren von Wissenschaft und Forschung einen nach Möglichkeit ineinander übergehenden Campus von Universität und außeruniversitärer Forschung zu erreichen und die Investition entsprechend zu steuern. Beispielhaft möchte ich auf die Standorte Magdeburg und Halle hinweisen, wo die Konzeption m. E. optimal umgesetzt werden konnte.

Im Osten Deutschlands<sup>19</sup> entstand so ein homogen strukturiertes Forschungs- und Wissenschaftssystem, das heute nationale und internationale Konkurrenzfähigkeit besitzt und umso wichtiger ist, als dieses System Funktionen der ausgefallenen Industrieforschung mit übernehmen muss, die sich noch nicht regeneriert hat. Insofern spielen Wissenschaft und Forschung in Ostdeutschland die wesentliche Rolle bei der Generierung neuer Technologien und der wirtschaftlichen Weiterentwicklung der Länder.

Insgesamt betrachtet hat sich in den ostdeutschen Ländern m. E. ein Wissenschaftssystem etabliert, das durch eine sehr enge Kooperation, gleichsam einem Forschungsverbund der Universitäten und der vielfältigen Einrichtungen der außeruniversitären Forschung charakterisiert ist.

Dass dieser Verbund bedeutend enger ist als in den Ländern der alten Bundesrepublik hängt, auch dies muss man einmal aussprechen, mit aufgegriffenen und verwirklichten Chancen des Neuaufbaus im Osten zusammen. Schon während der Genese wurde von den Ländern bei der Architektur des neuen Systems die Grundformel des engen Verbundes entwickelt, die *conditio sine qua non* auch für die politisch gewollte stärkere Verankerung der Forschung in den Universitäten war. Das Ziel war, ein System gleichberechtigter Partner zu entwickeln, das durch Kooperation der Universitäten mit den außeruniversitären Forschungsinstituten neue Kräfteschwerpunkte in der Forschung ermöglicht. Dass die Institute der heutigen WGL in diesem System eine wichtige zentrale Rolle spielen, hängt mit ihrer hohen Qualität und Flexibilität zusammen, die sich aus ihren schlanken Strukturen ergibt, sowie mit der beispielgebenden Funktion, die die WGL als zeitlicher Vorreiter vor FhG, MPG und GFE durch ihre frühe Entstehungsgeschichte erlangt hat. Hinzu kommt der hohe Anteil der heutigen WGL-Institute in Ostdeutschland, so dass zur Qualität und Flexibilität als weiterer wesentlicher Aspekt der der Quantität hinzutritt.

Für die Länder sind die Institute der WGL zu einem wichtigen Teil ihres Steuerungssystems von Forschung und Wissenschaft geworden, das auch in die Universitäten hineinwirkt und überregionale Schwerpunktbildungen, die von Landesinteresse sind, ermöglicht. Als durch vieljährige Praxis belegte Erfahrung gilt hierbei, dass das Bilden von kritischen Massen in den Universitäten dadurch erleichtert, ja vielfach überhaupt erst herbeigeführt werden kann, wenn durch Kooperationsmöglichkeiten mit außeruniversitären Partnern Anreizsituationen zu attraktiven Schwerpunktbildungen bestehen. Anders gesprochen: Inneruniversitäre Entscheidungsprozesse zu wichtigen Strukturfragen werden offensichtlich häufig erst möglich, wenn durch außeruniversitäre Katalysatoren dieser Prozess beschleunigt wird.

Damit ist ein funktionstüchtiges und erprobtes Modell der Forschungssteuerung vorhanden, das der staatlichen Verantwortung der Länder gerecht wird und bundesweit beispielgebend sein kann. Ziel vorausschauender Wissenschaftspolitik ist es, dieses Modell eher zu stärken und bundesweit zu diffundieren, als es durch Schwächung der WGL, die in den zehn Jahren seit der Wiedervereinigung zu einem Faktor von unumkehrbarer Relevanz der deutschen Forschung geworden ist, ohne Not zu gefährden. Dies umso mehr, als noch zu präzisierende Gegenentwürfe des Wissenschaftsrates, die von einer prioritären und steuernden Rolle der Universitäten bei der Realisierung von übergreifenden Forschungsschwerpunkten ausgehen, das wesentliche Manko aufweisen, dass sie den bisher in keiner Weise erreichten Umbau der Universitäten zu flexibel agierenden und rasch und entscheidungsfähig handelnden Körpern zur Voraussetzung hätten. Ziel einer verantwortungsvollen Wissenschaftspolitik muss es daher eher sein, zunächst diesen Umbau der Universitäten zu realisieren und Schwerpunktbildungen der Forschung in den Universitäten in Abstimmung mit der Planung des Landes zu erleichtern, als eine derzeit nicht realisierbare Wissenschaftsphilosophie zu entwickeln, die die Möglichkeiten der Universitäten krass überfordert und scheitern muss.

---

<sup>19</sup> Auf das generelle Problem der Unterausstattung mit Großforschungseinrichtungen in Ostdeutschland, deren zusätzliche Ansiedlung primär in die Zuständigkeit des Bundes fällt, soll hier nicht eingegangen werden. Außer Betracht bleiben sollen auch Fragen der regionalen Disproportionalität wie die Massierung der Forschung im Großraum Berlin und in Sachsen, die historische Ursachen hat. Generell betrachtet ist es so, dass zu dem Nord-Süd-Gefälle der alten Bundesrepublik, das auch für Ostdeutschland gilt, ein West-Ost-Gefälle hinzugetreten ist, was natürlich Auswirkungen auf Finanzströme im gesamtstaatlichen System hat.

Herausgeber: HIS-Hochschul-Informationen-System GmbH,  
Goseriede 9, 30159 Hannover  
Tel.: 0511 / 1220-0, Fax: 0511 / 1220-250  
E-mail: [ederleh@his.de](mailto:ederleh@his.de)  
Geschäftsführer: Dr. Jürgen Ederleh

ISSN 0931-8143

Verantwortlich: Dr. Jürgen Ederleh

Redaktion: Barbara Borm

*"Gemäß § 33 BDSG weisen wir jene Empfänger der HIS-Kurzinformationen, denen diese zugesandt werden, darauf hin, dass wir ihren Namen und ihre Anschrift ausschließlich zum Zweck der Erstellung des Adressaufklebers für den postalischen Versand maschinell gespeichert haben."*